

DAS BASKENLAND

Hinsichtlich zweier Aspekte läßt sich die Lage der baskischen Christen als Sonderfall innerhalb Spaniens begreifen:

1. hinsichtlich des Weges, den die baskische Kirche seit der spanischen Republik (1931) bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zurückgelegt hat, wobei vor allem an ihre Haltung während des Bürgerkrieges (1936–1939) zu denken ist, und
2. hinsichtlich der zunehmenden Repression gegenüber dem baskischen Volke und damit zwangsläufig auch gegenüber dem baskischen Klerus durch den spanischen Staat und nicht selten auch durch die Hierarchie selbst.

Diese beiden Aspekte reflektieren die besonderen politisch-sozialen und historischen Verhältnisse des Volkes. Dabei sind beide Komplexe gleichzeitig die Ursache der heutigen Spannungen.

I. Die geographische und soziale Lage

Das Baskenland erstreckt sich von südlich Bordeaux in Frankreich bis zum Oberlauf des Ebro in Spanien rund um den Golf von Biskaya; es ist aufgeteilt in ein französisches und ein spanisches Territorium mit ungefähr dreihunderttausend Bewohnern im französischen und zwei Millionen im spanischen Hoheitsgebiet.

Die bedeutendsten Städte des spanischen Teiles sind Bilbao, San Sebastian, Pamplona und Vitoria. In der Nähe von Bilbao

liegt die kleine Stadt Guernica, die „Heilige Stadt der Basken“. Historisch gilt sie als Heimatort der baskischen demokratisch-parlamentarischen Tradition. Sie wurde ein Opfer sinnloser Bombardierung durch die während des Bürgerkrieges im Dienste Francos stehende Luftwaffe des Hitler-Deutschlands. Pablo Picasso schuf mit seinem berühmten Werk „Guernica“ eine zeitlose Anklage dieses verbrecherischen Geschehens.

So befindet sich dieses kleine Volk mit eigener, nicht-romanischer Sprache – Baskisch ist eine vor-indogermanische Sprache –, eigener Kultur und Tradition im Hin und Her der Gesetze und Spannungen zwischen den politischen Zentren zweier romanischer Staaten: Paris und Madrid. Die nachfolgende Analyse beschränkt sich auf die baskische Bevölkerung innerhalb des spanischen Staates. Außerdem wird sie hier vornehmlich die kirchlichen Probleme, welche aus der Konfrontation der Kirche mit ihrer sozialpolitischen Umwelt entstanden sind, berücksichtigen. Wenn deshalb vorzüglich von christlichen Oppositionsgruppen und deren Verfolgung die Rede sein wird, so darf das nur als ein, allerdings wesentlicher, Aspekt verstanden werden.

Das Baskenland ist das stärkste Industriegebiet Spaniens; es hatte stets einen zahlenmäßig starken Klerus und stand immer in enger Verbindung zu Frankreich, während Spanien – ganz besonders die spanische Kirche – in innerer Isoliertheit verharrte. Politisch hatte das Baskenland jahrhundertlang eine eigene parlamentarische Tradition und Gesetzgebung, die nach dem Verlust des baskischen Königreiches auch unter den spanischen Königen erhalten blieb. Im Bürgerkrieg stand es, obwohl von einer katholischen Regierungspartei geführt, auf der Seite der linksorientierten, nicht aber einer kommunistischen Republik¹, gegen die rechtsradikalen Aufständischen,

¹ Die Wahlen vom Februar 1936 (der Militäraufstand geschah am 17./18. Juli desselben Jahres) brachten eine Volksfront an die Regierung, die aus den Parteien der Mitte und der Linken bestand. Im neuen Parlament standen 251 Abgeordnete der Volksfront (darunter nur 15 Kommunisten) 143 der rechtsgerichteten Nationalen Front gegenüber. In dieser

die im übrigen Spanien von den Katholiken vorbehaltlos unterstützt wurden.

Das Gesagte erklärt den dreifachen Widerspruch, der heute das Baskenland mit dem Franco-Regime konfrontiert: Die ethnischen Eigenarten stehen im Konflikt mit dem totalitären Zentralismus, die baskischen demokratischen Traditionen mit der faschistischen Diktatur und der baskische sozial-liberale Katholizismus mit dem konservativen Katholizismus, der in Spanien zur Staatsreligion erhoben ist.

Mit dem Bericht der „Herder Korrespondenz“ (April 1969), der mit Recht die „Sensibilität der Basken gegenüber politischen, sozialen und kirchlichen Entwicklungen“ hervorhebt, lassen sich die Fragenkomplexe der baskischen Kirche zusammenfassend so beschreiben: „Zwei ungelöste, konfliktreiche Komplexe sind für Leben und Entfaltung der baskischen Kirche mitbestimmend. Völkerrechtlicher Natur ist der eine, nämlich die unerfüllten Ansprüche einer ethnischen Minderheit. Deutlicher ins Bewußtsein der Weltmeinung tritt der andere, die mangelnde Respektierung allgemeiner Menschenrechte seitens des spanischen Regimes. Der religiös-kirchliche Bereich bleibt davon nicht verschont.“

Volksfrontregierung hatte nicht ein einziger Kommunist ein Regierungsamt inne, der Militäraufstand richtete sich also nicht gegen eine kommunistische Regierung. Erst im Verlaufe des Krieges änderte sich diese Lage zugunsten der Kommunisten: 1. dadurch, daß die Sowjetunion das einzige Land war, das die Republik militärisch unterstützte – eine Hilfe, die mit politischen Forderungen verknüpft war (England, Frankreich und die USA hatten zusammen mit Deutschland einen Nichteinmischungspakt geschlossen, den Deutschland jedoch nicht einhielt); 2. zu dieser Änderung trugen auch die Brigadas Internacionales bei, die nach statistisch nicht nachgewiesener Schätzung von *Hugh Thomas* (Der spanische Bürgerkrieg, 1961, S. 235) zu 60 Prozent aus Kommunisten bestanden haben sollen. Unter diesen Bedingungen entwickelte sich die kleine, aber straff organisierte kommunistische Partei rasch. Wenn man von dem Kommunismus der Republik sprechen will, muß man zwischen der Republik vor dem Kriegsausbruch und der Republik im Verlaufe des Krieges genau unterscheiden. Der Antiklerikalismus in Spanien ist kein „kommunistisches“ Phänomen.

II. Zur Geschichte der baskischen Kirche

1. Die „rote“ Kirche

Während sich die ersten kritischen Stimmen in der spanischen Kirche, von Einzelfällen abgesehen, erst in der nachkonziliaren Phase und nur zögernd hören ließen, hat die baskische Kirche schon von Anfang an eine klare, kritische, ja ablehnende Haltung gegenüber dem Franco-Regime und gegenüber der mit ihm verbundenen Hierarchie bezogen.²

Während des Bürgerkrieges stand diese Kirche auf seiten der „Roten“. Damit lassen sich im Bürgerkrieg zwei „Kirchen“ unterscheiden, von denen die eine sehr global als Franco-hörig, die andere vorsichtig als oppositionell bezeichnet werden kann. Die Gegensätze wurden nach dem Krieg immer heftiger, nicht zuletzt deshalb, weil sie sich mit der Einsetzung der neuen Franco-hörigen Hierarchie im Baskenland in die baskische Kirche hineinmultipliziert hatten. Zur Zeit des Konzils (1963) war es schon so weit, daß der Klerus aller vier baskischen Diözesen einen Brief an die Konzilsväter schickte, in dem die besondere Lage und die Widersprüche der Kirche im Baskenland dargestellt wurden. Die Entstehung dieser Widersprüche soll im folgenden analysiert werden.

1936–1939, in den Jahren des Bürgerkrieges,³ standen sich die

² Von der zahlreichen Literatur über die baskische Kirche zu dieser Zeit weisen wir auf folgende hin: J. Azpiazu, *El Caso de los catolicos vascos*, 1938; ders., *7 meses y 7 dias en la España de Franco*, 1964; Iturralde, *catolicismo español y la cruzada de Franco* (3 Bände), 1960.

³ Obgleich seit dem Bürgerkrieg bereits dreißig Jahre vergangen sind, muß jede Untersuchung über das Spanien von heute bei ihm einsetzen, denn der Bürgerkrieg brachte einen Sieg, aber keine Versöhnung. Man kann die Auswirkungen des Bürgerkrieges noch heute spüren: 1. In der gesamten Gesetzgebung (siehe auch P. Altare, *L'esprit de la guerre dans les lois espagnoles*, in: *L'Espagne Bouge*, Publications Frères du Monde, 1966, S. 29ff.). 2. Touristen z. B. merken es an den Festlichkeiten aus Anlaß des „Befreiungstages“, mit dem jede Stadt den Einzug der franquistischen Truppen begeht, und an den Straßennamen. 3. Man will die heutige Republik mit dem Sieg und die für die Zukunft beabsichtigte Staatsform – Monarchie – mit dem Referendum von 1947 legitimieren. An diesem Referendum (abgesehen davon, daß es eine Farce war) haben mindestens 60 Prozent derjenigen Spanier, die sich heute im Wahlalter befinden, nicht teilgenommen.

baskische und die spanische Kirche gegenüber. Die Hintergründe sind in der politisch-sozialen Lage zu suchen: Spanien befand sich unter einer „antiklerikalen“ Regierung, das autonome Baskenland dagegen wurde von einer katholischen Partei (PNV) geführt. Die „Revolte“ Francos hatte damit, politisch-kirchlich gesehen, mindestens für das Baskenland keine ausreichende Legitimation. Das Gegenteil war der Fall, denn der Aufstand bedeutete für die Basken nur das Ende ihrer Autonomie, aber keinen kirchlichen Gewinn. Die spanische Kirche hatte den Militäraufstand Francos gegen die legitime Regierung zum „heiligen Kreuzzug“ erklärt und die Katholiken zur Unterstützung genötigt. Aus dem Krieg ging sie zusammen mit den Militärs und der Hochbourgeoisie triumphierend als Siegerin hervor. Die spanische Hierarchie bemühte sich, auch das baskische Volk zur Unterstützung des Aufstandes zu überreden. Als der Bürgerkrieg ausbrach, veröffentlichten die spanischen Bischöfe ein Schreiben, in dem sie die Gläubigen zu veranlassen suchten, die Armeerevolte zu unterstützen. Aber der Baskenbischof Dr. Mugica enthielt sich der Unterschrift. Weitere Bemühungen von Kardinal Gomá in der gleichen Richtung wurden ebenfalls von Volk und Klerus im Baskenlande abgelehnt. Die baskische Kirche blieb bei ihrem Volk, verteidigte mit ihm die legal errichtete Autonomie und zählte darum später mit ihrem Volk zu den Besiegten. Die Repressalien waren hart: Mehrere baskische Priester sowie Tausende ihrer Landsleute wurden von den „Kreuzfahrern“ erschossen oder vertrieben. Nicht nur die damalige baskische autonome Regierung mußte ins Ausland fliehen, auch der einzige baskische Bischof, Mateo Mugica, wurde von Franco ins Exil getrieben und dann zur Abdankung gezwungen. Das katholische und demokratische baskische Volk aber wurde in der Folge zum „Verrätervolk“ in den Augen der Franco-Regierung und zum „bolschewisten-freundlichen Volk“ in der Sicht der spanischen Hierarchie. Staat und Hierarchie unternahmen programmatisch die Vernichtung jeder baskischen Spur in Sprache, Geschichte und politischer Tradition, denn

die Geschichte dieses Volkes widersprach dem propagierten Image Francos als „Retter des Katholizismus“.

Die spanische Hierarchie aber, die die Verbrechen der „Roten“ so mutig verurteilt hatte und dadurch den Klerus und die Katholiken in der „roten“ Zone allen denkbaren Repressalien preisgab, sah nicht nur ohne den geringsten Protest den Verfolgungen im Baskenland zu, sondern beteiligte sich selbst daran. In einem gemeinsamen Hirtenbrief bezeichnete der spanische Episkopat im Jahre 1937 die Bevölkerung der Hauptstadt des Baskenlandes, Bilbao, als „gotteslästerliches Volk“. Aus dem Exil erwiderte der Baskenbischof Mugica zu dieser Anklage: „Dies ist eine Verleumdung, die das Herz des Bischofs der Basken verletzt.“ Die Ermordung von dreizehn baskischen Priestern wurde von den spanischen Bischöfen stets verschwiegen. Eine Verleumdungskampagne ohnegleichen wurde gegen das baskische Volk inszeniert. Der Primas von Spanien, Kardinal Gomá, bezeichnete die Basken als „gefährliche Bürger“, um so die Unterdrückung zu rechtfertigen. Pater Azpiazu, bis dahin Beauftragter des Bischofs von Vitoria für soziale Probleme, schrieb in sein Tagebuch: „Die Hierarchie spricht nur, um die Opfer zu beleidigen.“

Der baskische Klerus wurde dabei besonders scharf verfolgt und verleumdet. Bischof Mugica schrieb dazu:

In allen Städten fungieren Kriegsjuntas von Karlisten oder Falangisten. Sie klagen die Priester an, sie verfahren äußerst willkürlich, sie handeln nach dem Diktat unsagbarer Haß- und Rachewünsche; es gibt untadelige und bei ihrem Volk sehr beliebte Priester, die nichts gegen die Armee getan haben und die aus ihrer Diözese ausgewiesen werden.

Meine Priester werden sehr mißhandelt.

Die Militärs herrschen in Vitoria, und die Kirche ist der Sklaverei unterworfen.

So breitete sich der politische Widerspruch zwischen den demokratischen Basken und den faschistischen „Aufständischen“ auch auf die Kirche selber aus. Die Militärs hatten ihren Aufstand mit katholisch-konservativer Ideologie begründet; die

mit ihr verbundene Hierarchie konnte nicht verstehen, daß das katholische Volk seine streng katholische Glaubens-tradition mit demokratischen Ansichten zusammenbringen konnte. Die spanische Hierarchie war zu dieser Zeit faschistisch: vielleicht gab es in Spanien keine andere Wahl; im Baskenland gab es sehr wohl andere Möglichkeiten. Die Hierarchie hat diese nur verleumdet und verfolgt.

2. Die baskische Kirche der Zeit nach dem Bürgerkrieg

Mit der Verbannung des Bischofs Mugica wurde der baskischen Kirche die einheimische Hierarchie entzogen, und die seitdem eingesetzten Bischöfe ignorieren größtenteils die baskische Problematik und treten sogar als „kirchliche Gouverneure“ und Mitunterdrücker auf. Auch wenn sie Basken sind, wie es heute in zwei von vier Diözesen der Fall ist, kann man ihre Ernennung durch Franco nicht übersehen.⁴

Die Franco-Regierung beeilte sich nach dem Kriege, die bis dahin einzige Diözese Vitoria in drei Diözesen zu zerteilen. Diese wiederum wurden verschiedenen Erzbistümern (Kirchenprovinzen) zugeteilt, so daß die spezifisch baskischen Probleme in den Regionalsynoden nicht zur Sprache kommen können. Die neuen Bischöfe beherrschten die baskische Sprache nicht, sie ignorierten sie und nahmen widerspruchslos das Verbot der Predigten und des Religionsunterrichtes in

⁴ Am 27. August 1953 wurde das Konkordat ratifiziert, das in Artikel VII Franco das Vorrecht der spanischen Kirche bestätigt, die zu ernennenden Bischöfe selbst auszuwählen. Weiter lautet der Treueid der spanischen Bischöfe an die Franco-Regierung folgendermaßen: „Vor Gott und den heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, wie es einem Bischof geziemt, Achtung und Treue gegenüber dem spanischen Staat. Ich schwöre und verspreche, den Staatschef und die nach spanischem Gesetz eingesetzte Regierung zu achten und zu veranlassen, daß auch mein Volk dieselben achtet. Ich schwöre und verspreche auch, an keinem Beschluß mitzuwirken und keine Versammlungen zu besuchen, die der spanischen Regierung und der öffentlichen Ordnung Nachteil zufügen können, und darauf zu achten, daß auch mein Klerus sich so verhält. Ich werde mich sorgen um das Glück und die Interessen des spanischen Staates. Ich werde versuchen, alles Übel, was ihn bedrohen könnte, zu vermeiden.“

baskischer Sprache hin. (Im Jahre 1965 wurde noch im Diözesanbulletin von Bilbao verboten, in Kapellen und Kirchen, die Ordensschwester gehören, die Messe auf baskisch zu lesen). Sie führten spanische politische Lieder in die Liturgie ein, wie etwa die Nationalhymne, die noch heute während der Wandlung gespielt wird; spanische Fahnen müssen am Altar oder auf der Kanzel stehen, baskische Namen sind als Taufnamen verboten; nur die Namen der Gefallenen auf der Seite Francos stehen auf den Gedenktafeln in den Kirchen, obwohl die Mehrheit der Basken auf der anderen Seite der Front gefallen ist. Zusammen mit dem Staat betrieb die Hierarchie eine konsequente Kastilianisierung. Die Diözesanbulletins empfehlen eine für die Basken schwerlich zu akzeptierende Theologie. Da diese Bulletins ausdrücklich betonen, daß diese keine Politik bedeute, machten sie damit das Politikum zur Religion. So brachte z. B. der „Boletin Eclesiástico del Obispado de Vitoria“ 1937 (S. 454) folgende Worte eines Bischofs:

Wenn ich Spanien sage, sage ich Kirche. In der Liebe zu unserem Vaterland besteht die große Liebe zur Kirche. Spanien zu lieben heißt, das Höchste, das Erhabenste zu lieben. Spanien zu verachten heißt, das Heiligste zu verachten. Liebet Spanien, so werdet ihr Gott lieben.

↳ Diese Dreifaltigkeit (Kirche, Spanien, Gott) war den Basken bis dahin völlig unbekannt gewesen.

Obwohl sich nach dem Konzil die Beteiligung der Hierarchie an der Unterdrückung gemildert hat und jene sich seitdem sogar bemüht, eine gewisse Distanz zur Regierung zu gewinnen, fehlt eine deutliche Stellungnahme. Nur sporadisch und zudem undeutlich haben sich 1969 die Bischöfe im Baskenlande gegen den Terror ausgesprochen. Die Ursache aber, die ethnische Unterdrückung und der Mangel an politischen Rechten, wird sorgfältig vergessen. Der in diese Problematik tief verwickelte baskische Klerus und die katholischen Organisationen werden immer noch von ihrer Hierarchie im Stich gelassen. Die Tendenz eines Teiles der spanischen Hierarchie, einschließlich der baskischen Bischöfe, sich von der Regierung zu lösen, stellt

sich als eine Neutralität der „weißen Weste“ heraus. Obwohl dies natürlich keineswegs die Versöhnung der Bischöfe mit dem Klerus und mit dem katholischen Volk bedeuten kann, bezeugt dies trotzdem einen gewissen Fortschritt der Hierarchie im Sinne des Konzils.

Heute wie damals erklärt sich der baskische Klerus solidarisch mit dem Schicksal seines katholischen Volkes, das sich unter Franco einer religiösen Diskriminierung ausgesetzt sieht und in seinen Ansichten und seinem sozialen Engagement sowohl vom Staat als auch von der Hierarchie unterdrückt fühlt (Verbot in den Kirchen, über die Enzykliken „Mater et Magistra“ und „Pacem in terris“ zu predigen usw.). Der Klerus will sich nicht am Schweigen der Kirche mitschuldig machen und handelt gemeinsam mit den engagierten Laien.

Damit wird aber der spanische Katholizismus in Frage gestellt: Ohne ein absolutes Urteil fällen zu wollen, muß man sagen, daß es zwar unter Umständen stimmen kann, daß Franco in Spanien den „Katholizismus“ gerettet hat. Aber man muß hinzufügen, daß man darunter nur einen *ganz konkreten Katholizismus* verstehen darf, den konservativen, der zwar damals in Spanien der am meisten verbreitete war, der aber keineswegs die einzige Möglichkeit darstellt und noch weniger die einzige Form *katholischen* Christentums im Baskenland war. Nur dieser „Katholizismus“ ist gerettet und zur Staatsreligion erhoben worden. Damit gewinnt das Problem eine doppelte Dimension: 1. Jede sich von dem Franco-Katholizismus distanzierende Form, auch wenn sie von der Kirche anerkannt wird, gerät in Spanien zwangsläufig in Konflikt mit der katholischen Regierung; so z. B. die Arbeiterorganisationen der Katholischen Aktion, die von der Hierarchie selbst gestiftet wurden. 2. Tatsächlich hatte der Katholizismus im Baskenlande überwiegend Formen, die sich von dem Staatskatholizismus unterscheiden. Infolgedessen hat sich die Kirche in einen Interessenkonflikt gebracht, weil einerseits die Hierarchie die Interessen der Mächtigen vertritt, „um größeres Übel zu vermeiden“, wie man sagt, und weil andererseits der Klerus sich mit dem Schick-

sal des Volkes identifiziert. So erlebt heute das Baskenland den größten „Entkirchlichungsprozeß“ seiner Geschichte:

a) Katholische Basken werden vom Franco-Katholizismus, der allein die Orthodoxie für sich beansprucht, als „Demokraten“, „Rote“, „Idioten guten Willens, die dem Kommunismus das Spiel machen“ aus dem Leben der Gemeinde verdrängt. Der Militärgouverneur von Guipuzcoa, Alfonso Velarde, klagte in einem Brief an den Generalvikar von Vitoria das angeblich „antikatholische Verhalten“ der baskischen Demokraten an. Im selben Sinne bezeichnete Franco die baskischen Katholiken als Marxisten. Und die Hierarchie stimmte laut mit ein. Diese Taktik zerriß das Leben der Gemeinden, denn tatsächlich bildeten baskische Demokraten die Elite der katholischen Gemeinden und Organisationen. Vergeblich versuchte Bischof Mugica aus seinem Exil diese Taktik zu entlarven:

Was die Religiosität der baskischen Nationalisten angeht, so muß ich sagen, daß sie als Gruppe das Beste der Diözese bildeten; in allen katholischen Organisationen, in der Katholischen Aktion ... usw. waren immer die „Nationalisten“ das wichtigste Kontingent. Das soziale Engagement der baskischen Nationalisten wurde von der religiösen Praxis belebt.

(In Spanien hießen die Franquisten Nationale, die föderalistischen Republikaner aber Nationalisten.)

Diese katholischen Demokraten wurden und werden immer noch als „gefährliche Bürger“ von der Hierarchie – vom Staat ganz zu schweigen – betrachtet. Der politische Gegensatz zwischen Franquisten und Antifranquisten wird dadurch zum religiösen Gegensatz zwischen dem militanten Franco-Katholizismus und jeder anderen Form, die für das sozial-politische Engagement andere Konzepte hat.

b) Gleichzeitig gewinnen die Franco-Katholiken mit ihrem Druck auf die Priester und der Disqualifizierung der demokratischen Katholiken die Oberhand in den Gemeinden. Die baskischen Katholiken verlieren damit nicht nur ihre Elite, sondern auch das Vertrauen in die Hierarchie, die mit den Unterdrückern gemeinsame Sache macht. Die Hierarchie und die

Franco-Katholiken sprachen immer von Verbrechen und Terror der Kommunisten, um die Härte und die Einseitigkeit des Franco-Regimes als unvermeidliche Mittel gegen den Bolschewismus zu rechtfertigen. Das katholische baskische Volk aber hatte von dem kommunistischen Terror nichts zu spüren bekommen, wohl aber von den Verbrechen und dem Terror der „Kreuzfahrer“.

III. Repressionen, Terror und Widerstand

A. Vor dem Konzil

1. Bischof Mugica

Der offene Brief des Baskenbischofs Dr. Mateo Mugica eröffnet den Kampf zwischen der baskischen Kirche und der Franco-Regierung. Als im Jahre 1936 der spanische Episkopat einen offenen Brief an alle Bischöfe der Welt schrieb, um den Aufstand des Militärs zu rechtfertigen, verweigerte der Bischof Mugica seine Unterschrift (zusammen mit dem Kardinal Vidal y Barraquer). „Die Kirche ist versklavt“ – begründet er seine Weigerung – und: „Der spanische Episkopat behauptet, daß im Spanien Francos Gerechtigkeit geübt wird. Das ist eine Lüge. Ich habe sehr lange Namenslisten von tatkräftigen Christen und beispielhaften Priestern, die ohne Gericht und ohne irgendein gerichtliches Verfahren einfach ermordet worden sind.“ Bischof Mugica wurde nach vielen peinlichen Demütigungen verbannt. Von seinem Exil in Frankreich aus schrieb er den offenen Brief „Imperative meines Gewissens“, von dem einige Auszüge oben zitiert worden sind. Der Brief wandte sich vor allem an Kardinal Gomá, der an der Verleumdungskampagne gegen baskische Katholiken und baskische Priester stark beteiligt war und der die Ermordung von Priestern sowie die Verhaftung oder Deportation von über fünfhundert baskischen Priestern als notwendiges Mittel, um „größeres Übel zu vermeiden“, hin-

zustellen suchte. „Von Franco angefangen bis zum letzten seiner Soldaten wäre das, was sie hätten tun müssen, nicht, sie zu ermorden, sondern die Spur ihrer Füße zu küssen.“

2. Ein Brief an den neuen Bischof

Bis 1946 bestand die Hoffnung auf eine Intervention der Alliierten in Spanien und auf einen Sturz der faschistischen Regierung Francos, was ja auch gelegentlich versprochen wurde. Aber die Alliierten begnügten sich mit der Blockade, die nur eine Festigung Francos zur Folge hatte. Mit dem Ausbruch des „kalten Krieges“ stiegen die Aktien Francos wieder. Die Opposition sah sich isoliert.

Für die baskische Kirche begann eine neue Phase: Das Baskenland war nun in vier Diözesen aufgeteilt. Hundertfünfzig Priester der neubegründeten Diözese San Sebastian verfaßten ein Dokument, das sie am 10. August 1930 dem neugeweihten Bischof Dr. Jaime Font i Andreu zusandten. Der Klerus hatte sich ergebnislos der Teilung widersetzt, die ein gemeinsames Manöver von Staat und Kirche gewesen war. Jetzt zeigten sich die Priester zur Mitarbeit mit dem ihnen aufgezungenen Bischof bereit. Aber sie sandten ihm eine Darstellung und Erklärung. Hier einige Auszüge⁵:

Guipuzcoa hat gerade erfahren, daß Sie, zum Bischof der neuen Diözese San Sebastian geweiht, Ihr Amt am 3. September antreten wollen.

Das gläubige Volk hat die Nachricht mit symptomatischer Indifferenz aufgenommen. Das wird kein Hindernis dafür sein, daß die unterschreibenden Priester . . . sich bereit erklären, den neuen Gegebenheiten Rechnung tragend, in Hingabe mit Ihnen zusammenzuarbeiten und alle Diskussion als erledigt zu betrachten über Vorteile oder Opportunität einer so entscheidenden Maßnahme in der Geschichte des baskischen Volkes . . .

⁵ Die Opposition im Baskenland hat sich fast ausschließlich im Untergrund entwickelt. So ist dieser Brief, wie fast alle Dokumente, die folgen werden, im Untergrund verbreitet worden. Verständlicherweise ist es uns unmöglich, nähere Quellenangaben darüber zu geben.

Unser Verhalten entspricht der schlimmen Erfahrung anderer Pontifikate, die unser Volk ertragen hat . . .

Niemand sollte sich täuschen lassen, wenn unsere Kirchen immer noch sonntäglich voll sind, auch nicht durch andere Indizien religiöser Lebendigkeit. Der Baske glaubt weiter, aber sein Glaube hat den Zug eines harten Antiklerikalismus bekommen: Die kirchliche Autorität flößt ihm nicht die gleiche Ehrfurcht und Rücksichtnahme ein wie einst; er verheimlicht seine inneren Belastungen nicht mehr.

Hier also einige Probleme, die wir, wie wir sie aus dem Munde des Volkes gehört haben, Ihnen vorlegen wollen:

- Keiner von den Bischöfen der neuen baskischen Diözesen ist Baske.
- In viele Pfarreien von Guipuzcoa mit überwiegend baskischer Bevölkerung wurden in den letzten Jahren Priester geschickt, die die baskische Sprache nicht kannten.
- Unser Volk weiß, daß der antibaskische Haß bis zum Extrem getrieben worden ist, daß im Priesterseminar, wo seine Priester ausgebildet werden, nicht einmal eine Unterrichtsstunde für baskische Grammatik, keine Predigtübung in baskischer Sprache gestattet ist; und was noch symptomatischer ist, daß sogar die schönen religiösen baskischen Lieder verboten worden sind.
- In Guipuzcoa kann man praktisch den Religionsunterricht in der Schule für verboten halten, denn seine Erteilung in baskischer Sprache, der einzigen Sprache, die viele Kinder kennen, ist nicht gestattet.
- Warum hat man gebilligt, daß auf Befehl eines Gouverneurs oder Ministers aus unseren Kirchen die Sprache verbannt wurde, die viele Tausende von Basken als einzige kennen?
- In dem vielleicht kritischsten Augenblick der baskischen Geschichte und des baskischen Katholizismus wurde der Bischof von Vitoria verbannt und später zum Rücktritt gezwungen. Was hatte er verbrochen? . . .
- Es ist allgemein bekannt, daß in den letzten ^{geschießen} Jahren geachtete Priester und Ordensleute dieses Landes erschossen oder eingekerkert und in verschiedenster Weise ohne richterliches Urteil bestraft wurden unter skandalöser Mißachtung aller menschlichen und göttlichen Rechte. Warum hat die kirchliche Hierarchie weder die Stimme des Protests erhoben, noch den guten Ruf der Verleumdeten verteidigt? Warum hat sie nicht einmal ein christliches Begräbnis für die Leichen jener Priester verlangt oder sich dem unerhörten Verbot eines Gouverneurs widersetzt, Trauergottesdienste für sie zu feiern und ihnen in den Sterberegistern der Diözesan-Bulletins einen Platz für ihre Namen zu geben?

- Mit vollem Bewußtsein unserer Verantwortung und ohne Gefahr, zu übertreiben, können wir behaupten, daß sehr viel mehr Verbrechen in den vier baskischen Provinzen von den Anhängern der „Movimiento Nacional“ begangen worden sind, als von den sogenannten „republikanischen Horden“. Nicht nur Priester und Ordensleute, sondern das Volk selbst wurde grausam verfolgt . . . Und der spanische Episkopat, der die Verbrechen der einen Seite scharf verurteilte, hat nicht ein einziges Wort für die Verbrechen der anderen Seite gehabt.
- Heute noch wird in Guipuzcoa die Folterung angewandt, um Geständnisse zu erzwingen, und es ist unmöglich, daß die kirchliche Autorität davon keine Kenntnis hat. Ausländische Sender haben öffentlich über den Fall informiert, daß der Pfarrer von Irun zur Militärkommandantur gerufen wurde, um einem von Polizisten schwer gefolterten Mann die Sterbesakramente zu geben.
- Die sogar von den höchsten Stellen ausgeübten Schiebungen mit der Folge eines allgemeinen Mangels an Nahrungsmitteln, die ungenügenden Löhne und die Unfähigkeit des Staates, dem Durchschnittsbürger einen erträglichen Standard freien und anständigen Lebens zu gewährleisten . . ., sind anscheinend keine Themen, die einer Instruktion und einer Stellungnahme seitens des spanischen Episkopates wert sind.
- Da Staat und Volk unversöhnt sind, ist jede Unterwürfigkeit und Gefälligkeit von seiten der kirchlichen Hierarchie dem Staat gegenüber – was diesem ständig Grund zu öffentlicher Propaganda gibt – eine der wichtigsten Ursachen für die verbitterten Reaktionen unseres unterdrückten, verarmten und hungrigen Volkes. Das Volk denkt, daß der Arm, den der Staat der Kirche leiht, dieser nicht als Schutz geboten wird, sondern um damit Unterstützung zu erschleichen für alle Unternehmungen des sich mit Blut und Korruption beschmutzenden Staates. Hat das Volk nicht genügend Gründe, so zu denken?
- Mit welchem Recht klagt die spanische kirchliche Publizistik den Eisernen Vorhang an, ohne zu sagen, daß hier, unter einem „rein katholischen“ Regime, eine Zensur an Kardinälen und offiziellen Verlautbarungen der Kirche ausgeübt wird und daß man jedem Prediger das Rundfunkmikrofon verweigert, der seine Ansprache nicht vorher der Zensur vorgelegt hat? Warum werden bei uns immer noch während des Gottesdienstes Ehrenplätze und Prunksessel Leuten angeboten, die wegen ihrer öffentlich bekannten Verbrechen oder ihrer Korruption als öffentliche Sünder bezeichnet werden könnten? . . .

3. Egiş

Auf diese und ähnliche andere Briefe und Memoranda hat die Hierarchie mit keinem Wort reagiert. Der Klerus – man fing an, vom Klerusproletariat zu sprechen – suchte dann einen neuen Weg einzuschlagen, um das Schweigen der Hierarchie zu brechen: Die geheime Zeitschrift *Egiş* (= Wahrhaftig) wurde im selben Jahr gegründet und verstand sich als „Stimme vieler zum Schweigen gezwungenen Zungen“. *Egiş* erklärte es als ihre Absicht, „christliche Grundsätze der Moral vernehmbar zu machen“. Die Zeitschrift analysierte die seelsorglichen Schwierigkeiten, verlangte Gewerkschaftsfreiheit, Trennung von Staat und Kirche, sie klagte die Korruption und Willkür der Gerichte und die mißlichen Arbeitsbedingungen an, sie stellte die ethnische Verfolgung durch Staat und Kirche fest, verteidigte das moralische Recht zur Opposition usw. *Egiş*, hektographiert, wurde bald in Madrid, Barcelona und in anderen Großstädten Spaniens unter der Hand verbreitet, vor allem unter Priestern und Arbeitern: In einem Jahr erreichte sie eine Auflage von vierzigtausend Exemplaren. Ein Teil der baskischen Kirche wurde zur Untergrundkirche. Am 20. August 1951 verbot ein bischöfliches Dekret allen Priestern die „Mitarbeit an Leitung, Redaktion, Verbreitung und jegliche Unterstützung“ sowie das „Lesen, Behalten und Weitergeben“ der Zeitschrift. Der Bischof drohte mit kirchenrechtlichen Maßnahmen, falls dieses Dekret nicht beachtet würde. Die Redaktion der Zeitschrift antwortete mit einer Erklärung, die sich „christliche Anklage gegen das Franco-Regime“ betitelt. Hier einige Auszüge: (z. B. nach ...)

Wenige können die tiefe und ehrliche Religiosität der Basken in Frage stellen. Aber eines Tages sahen diese mit Schrecken, daß eine Bewegung (Movimiento Nacional), die sich selbst „Kreuzzug“ nannte, unsere Priester ermordete und Tausende geachtete Bürger erschoss, nachdem sie ihnen jede rechtliche Grundlage zu einer Verteidigung genommen hatte, so daß viele Priester und Laien unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert und beraubt wurden... Der Bürgerschaft wurde das Recht entzogen, ihre Regierung zu wählen, zu ernennen, zu kontrollieren und gegebenenfalls abzu-

wählen. Wegen des totalen Mangels an öffentlicher Kontrolle geschehen in diesen Jahren unglaubliche Skandale von Korruption seitens Verwaltung und Regierung, von Günstlingswirtschaft, die das Land in Freunde und Feinde teilt, in Begünstigte und Verfolgte, Privilegierte und Geächtete. Es genügt hier, die korrupte Tätigkeit der Lebensmittelversorgungsstellen zu nennen,⁶ die Privilegien der Militärklasse, die nicht zu rechtfertigenden Zugeständnisse an gewisse religiöse Institutionen, der von offiziellen Organisationen in hohem Maße betriebene Schwarzhandel, die Unverschämtheiten und unersättlichen Ambitionen sowohl der „einzigen Gewerkschaft“ als auch der „einzigen Partei“, die Abschaffung aller freien Presse und Aufhebung der Möglichkeiten öffentlicher Meinungsäußerung. Man hat schwer gegen die Prinzipien der christlichen Ethik, des Naturgesetzes und gegen die Normen der Päpste verstoßen.

Die Gerichte wurden dem Diktat von politischen Interessen und Weisungen unterworfen, die sie als Instrumente von Gier und Rache, Repressalien und ungerechten Strafen mißbrauchten. Man richtete Kriegsgerichte ein, wo Dutzende von Bürgern angeklagt wurden, ohne ein Recht auf Verteidigung, ohne die Freiheit, ihren Anwalt selbst zu bestimmen, ohne die Möglichkeit, den diensttuenden Verteidiger vor der Gerichtssitzung einmal sehen und sprechen zu können, und in anderthalb Stunden entschieden die sogenannten Richter zwanzig oder dreißig Todesurteile; viele davon wurden kurz danach vollstreckt. Diese Methoden waren keine Ausnahme, sondern viele Monate und Jahre hindurch die Regel. Das Volk kennt diese barbarische Verfahrensweise, und wir sind bereit, einem unparteiischen nationalen oder ausländischen Tribunal Beweise vorzulegen. Man höre nur die schreckenerregenden Geschichten unserer Gefangenen von den „nächtlichen Spaziergängen“, wo Hunderte und Tausende nachts nach willkürlicher Auswahl erschossen wurden. Und man kann nicht einmal sagen, daß dies alle Repressalien waren: Navarra ist ein Drama von entsetzlichen Massakern völlig unbewaffneter Menschen, die nicht eine Andeutung von Widerstand vermuten ließen. Die Verantwortlichen solcher Verbrechen waren sehr oft Menschen, die sich als Christen, Gläubige und sogar als fromm bezeichneten. Sehr viele von den Hingerichteten sind immer noch nicht christlich begraben worden, sondern liegen in Massengräbern, ohne daß ein Kreuz ihr Grab anzeigen würde; unter den Katholiken, die auf diese Weise wie Hunde

⁶ Bis zum Jahre 1952 (Abschluß des militärischen Paktes mit den USA) stand Spanien unter einer internationalen Blockade, die für die spanische Bevölkerung die schwersten Hungerjahre brachte. Sämtliche Lebensmittel waren rationiert.

begraben wurden, befinden sich auch fast alle unsere erschossenen Priester, vor allem in Guipuzcoa . . .

Man feierte aber und man feiert die sogenannte Befreiung mit ungerechter und gehässiger Provokation der Besiegten. So hat man mit großem Ärgernis sehen können, daß F. J. Lauzirica, apostolischer Administrator von Vitoria, selbst ein Baske, solchen Feiern gerade in Guernica persönlich präsiidierte, in unserer von der Nazi-Luftwaffe im Dienste des Franquismus geopfertem heiligen Stadt. Der Prälat präsiidierte an jenem Tag dem offiziellen Bankett inmitten der Ruinen . . .

Man hat öffentlich in den Kirchen für die Gefallenen der einen Seite gebetet, ist aber nicht bereit, dasselbe für die Gefallenen der anderen Seite zu tun, womit der Bürgerkrieg über die Gräber hinaus weitergeführt wird.

Dennoch: keine einzige autorisierte, offizielle und öffentliche Stimme hat sich unter den kirchlichen (Männern) erhoben, um gegen soviel Unrecht zu protestieren und es zu verurteilen, um die Unterdrückten zu schützen und zu verteidigen . . .

Ihren Protest begründeten die Priester mit dem Recht des Volkes auf eine Antwort der Kirche, die seitens der Hierarchie aber verweigert wurde. Darauf reagierte der Bischof von San Sebastian mit einem neuen Dekret vom 20. März 1952, in dem ohne weitere Erklärung steht:

Alle Priester dieser Diözese, sei es, daß sie in derselben oder außerhalb wohnhaft sind, die in der Zukunft sich als Leiter, Redakteure oder Mitarbeiter der Zeitschrift „*Egiz*“, Publikation der baskischen Priester“ beteiligen, auch wenn diese Publikation mit anderer Überschrift weiter erscheint, werden „ipso facto“ der kanonischen Zensur der „suspensio a divinis“ (Amtsenthebung) verfallen.

4. Die Streiks

Egiz stellte schließlich sein Erscheinen ein. Eine neue Phase begann, die sich als direkte Aktion in den Gemeinden charakterisieren läßt und die Priester vor allem zu gegenwärtigen sozialpolitischen Fragen hinführte: die Bildung katholischer Arbeitergruppen (JOC und HOAC), Studiengruppen usw. Viele, die später in Untergrundparteien und -gewerkschaften führende Rollen übernahmen, kamen aus diesen Gruppen,

obwohl sie sich nicht selten und nicht ohne Recht später gegen die Kirche gewandt haben. Mit den Arbeiterdemonstrationen und Streiks waren die Priester solidarisch. Hier ein Flugblatt von 1951, das den Streik unterstützt:

Gegenüber dem Ernst der gegenwärtigen Umstände und der Größe der Ereignisse in diesen Tagen in Guipuzcoa und Biskaia kann der Priester nicht schweigen . . . Das Volk lebt im Elend. Das Volk hat das Recht, einen höheren Lebensstandard zu fordern. Um diesen zu erreichen, darf es alle Mittel anwenden, die nicht seinem christlichen Gewissen und seiner bürgerlichen Ehrbarkeit widersprechen. Eine Aktion wie diese, durchaus untadelig, ruhig und ohne Gewalttaten – die wir verurteilen würden, wenn sie vorkämen – ist Ausdruck einer Haltung, an deren Korrektheit nach der christlichen Moral nicht gezweifelt werden darf. Es ist unsere Pflicht, die Gerechtigkeit zu befürworten und den Schwächeren in Nächstenliebe in Schutz zu nehmen. Deshalb mißbilligen wir öffentlich gemäß unserem Gewissen jede Repressalie und die Fortsetzung der Verhaftungen, die aus Anlaß dieser Ereignisse stattfinden. Folgerichtig fordern wir: 1. die Aufhebung aller Maßnahmen und Drohungen gegen diejenigen, die am 24. um 8 Uhr nicht an ihrem Arbeitsplatz erscheinen; 2. die Befreiung aller aus Anlaß der Ereignisse dieser Tage Verhafteten; 3. wir erklären als zur Nächstenliebe besonders verpflichtete Menschen unseren festen Entschluß, allen durch diesen Streik Geschädigten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen (23. April 1951).

5. Die Priester und ihre Bischöfe

In den folgenden Jahren wurden die Spannungen zwischen Klerus und Hierarchie nicht abgebaut. Viele Priester aber versuchten, weiter tätig zu sein, praktisch hinter dem Rücken der Hierarchie. Die Bischöfe versuchten, sich der Lage durch autoritäres Vorgehen zu bemächtigen, da sie keine Popularität im Volk fanden. Nach der großen Wirtschaftskrise von 1957 wurde ein Jahr später ETA (vgl. S. 107 ff.) gegründet: Arbeiter und politische Häftlinge füllten wieder die Gefängnisse. Im Juni 1960 ließ sich noch einmal die Stimme der baskischen Priester hören: ein Brief mit dreihundertneundreißig Unterschriften von Priestern der vier baskischen Diözesen wurde den Bischöfen ausgehändigt. Als die Bischöfe trotz

erbetener Antwort darauf nicht reagierten, wurde der Brief in der ausländischen Presse veröffentlicht. Die Antwort der Bischöfe ließ jetzt nicht mehr auf sich warten: Man beschuldigte alle Unterzeichner des Ungehorsams, der Rebellion und der Einmischung in die Politik.

Es folgte das als „Schachspiel“ oder als „Tanz“ bekannte Verfahren: Die Unterzeichner des Briefes wurden von ihren Pfarreien entfernt und in Abständen von wenigen Monaten von Dorf zu Dorf versetzt. Nicht wenige wurden in abgelegene Nonnenklöster als Kapläne abgeschoben. Man verhinderte dadurch jede systematische Tätigkeit, vor allem aber konnten die Priester auf diese Weise keinen näheren Kontakt zu den Gemeinden herstellen. Man wollte den „Nur-Priester“ schaffen, ohne sozialpolitisches Engagement. Auf Ersuchen der Bischöfe wurde den Unterzeichnern von der Polizei der Paß entzogen, um jede Berührung mit „ausländischen Ideen“ zu vermeiden.

Nach diesem letzten gescheiterten Versuch der Priester, mit ihren Bischöfen in Verbindung zu treten, wagten die Priester, sich mit ihren Predigten direkt an das Volk zu wenden: Die Verkündigung des Evangeliums wurde mit der Information über die Ereignisse verknüpft. Das lange Schweigen der Kirche wurde von der Kanzel aus gebrochen. Das „Schachspiel“ hatte damit nur einen geringen Effekt. Auf diese Predigten reagierten die kirchlichen und die staatlichen Behörden gleichermaßen: Predigtverbot und Geldstrafen. Der Bischof von Bilbao, Msgr. Gurrutia, ging so weit, daß er den Text der sonntäglichen Predigt selbst verfaßte und allen Predigern vorschrieb. Der Versuch scheiterte aber daran, daß sich die Ordensleute aufgrund ihrer Unabhängigkeit vom Ortsbischof weigerten, die Predigten vorzulesen. Bald danach folgten alle anderen Diözesanpriester diesem Beispiel. Die bestraften Priester weigerten sich, Geldstrafen zu zahlen, was viele von ihnen auch gar nicht konnten. Daraufhin behielt der Bischof im Einverständnis mit dem Gouverneur die Gehälter ein, um so die Strafen zu bezahlen. Das zwang einige Priester, Arbeiter zu werden, um ihre Freiheit und Selbständigkeit zu bewahren,

ohne den Gläubigen zur Last fallen zu müssen. Von den unzähligen Predigten dieser Zeit wählen wir nur eine aus, und zwar die von Pater Gabika (z. Z. zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt), gehalten am 1. November 1964.

Bei jedem gesellschaftlichen Ereignis sollte der Christ eine entsprechende Position beziehen.

Vor ungefähr einem Monat haben wir, ganz in der Nähe unseres Dorfes, etwas gesehen, was uns tief bewegt hat. Die Nationalschule von Areatza (Vizcaya) war eines Morgens bedeckt mit Parolen, für die eine patriotische baskische Organisation verantwortlich war. Der Boden, die Wände und die Landkarten dieser Schule waren bemalt mit Zeichen, die im Baskenland sehr bekannt sind. Das Foto des Staatschefs war verschwunden, die spanische Flagge war durch die baskische ersetzt worden. An einer der Wände konnte man eine Parole gegen den Staatschef lesen.

Bis hierher die Tatsachen. Unsere Meinung?

Wenn wir die Tat beurteilen sollten, ohne die Umstände zu bedenken, die diese Aktion motivieren, würde sie unseren höchsten Abscheu verdienen . . .

Aber führen wir das ein wenig weiter aus. Warum haben sie so gehandelt?

Die Urheber dieser Tat, die wir erläutern, haben ganz bestimmte Vorstellungen von Patriotismus und Politik. In diesen Fragen weichen sie in ihrer Denkweise von den spanischen Autoritäten ab. Die heute die Macht besitzen, können ihre Meinung frei ausdrücken über das Radio, durch das Fernsehen und durch die Presse usw. Das erscheint uns richtig.

Aber dem Urheber oder den Urhebern dieser Parolen sind alle Türen zu diesen Medien verschlossen, die auch zu ihrer Verfügung stehen müßten,

1. Sie können sich in den Bars nicht frei ausdrücken.
2. Sie wissen, daß das Aussprechen von „Gora Euzkadi“ (Es lebe Baskenland) in manchen Fällen zu einer Geldstrafe von 25000 Peseten geführt hat.
3. Die freie Presse ist verboten.
4. Das gleiche gilt für Radio und Fernsehen.

Was ist zu diesen Verboten zu sagen?

„Die Stimme des Volkes zu ersticken oder sie zu einem gezwungenen Schweigen zu verurteilen, bedeutet für jeden Christen ein Verbrechen gegen die Menschenrechte und ein Niedertreten der Gesetze, die Gott der Welt gegeben hat.“ Diese Worte sind nicht die meinten. Das hat Pius XII. am 17. November 1950 gesagt . . .

Aufgrund des Gesetzes, das sie unterstützt, ließ die Guardia Civil einige Leute kommen, die sich einem Verhör unterziehen mußten. Unter ihnen waren sechs junge Leute zwischen sechzehn und siebzehn Jahren und ein Erwachsener. Während des Verhörs wurden zwei von den jungen Leuten gefoltert und der Mann geohrfeigt. Die Strafbarkeit der Verhörten war nicht bewiesen . . .

Leider ist dies nicht der einzige Fall, den wir kennen . . .

Man kann das nicht zulassen; es ist gegen jegliches Recht; es ist das Gegenteil der Menschenrechte. Die Menschen, die bei einem solchen Ausmaß von Ungerechtigkeit nicht protestieren, haben keine menschlichen Gefühle, und der Christ, der diese Taten toleriert, hat die Aufgabe Jesu Christi auf Erden nicht verstanden.

Ohne irgendeinen Grund glauben die Behörden, daß dieses Ereignis seinen Ursprung bei einem Priester hat und in den Versammlungen, die um ihn herum stattfinden. (Um keinen Verdächtigungen Raum zu geben, dieser Priester ist euer Diener, und die Versammlungen sind diejenigen, die ich mit den Jugendlichen von Areatza veranstalte) . . . Der Priester kann sich mit seinen Christen versammeln nach eigenem Recht. Die Versammlung ist immer das Gewissen und die Quintessenz der Christengemeinde gewesen. Das Wort Iglesia heißt Versammlung . . .

Wenn die Kirche sich den Launen dieser Autoritäten fügt, macht sie Rückschritte. Sie verliert die Freiheit, die sie braucht. Sie erfüllt ihren Auftrag nicht.

- Einige haben einfach erklärt, daß dieses Ereignis gut war. Am Anfang der Predigt habe ich von den negativen Aspekten gesprochen. Auch das Negative ist es wert, daß man es in Betracht zieht.
- Andere haben gesagt, daß es sehr schlecht war, ohne die verschiedenen Umstände zu beachten, die hier zusammenkamen. Man darf auch nicht die Wurzel und die Grundlage dieser Ereignisse vergessen, wie wir am Anfang der Predigt bemerkt haben.
- Andere haben vor Angst geschwiegen. Es gibt viele Feiglinge, und trotzdem haben wir als Christen die Pflicht, unsere Meinung darzulegen zur Verteidigung der Gerechtigkeit und dafür zu kämpfen nach unseren Möglichkeiten, auch wenn das Komplikationen mit sich bringt.
- Viele haben gesagt: „Ja . . . dann sollen sie auch dafür bezahlen, wie es Übeltätern zukommt.“ Der Herr und diese beiden Jugendlichen von Areatza haben nicht dafür gelitten, was sich in der Schule von Areatza ereignet hat, sondern wegen der Ungerechtigkeit der Guardia Civil. Man kann nicht Männer foltern, die eine Erklärung abgeben, auch nicht wenn schlimmere Sachen vor-

kommen. Wenn sich die Polizisten wie Menschen zu verhalten wüßten, würde es keine Folterungen geben, trotz der Ereignisse in der Schule.

- Die übrigen haben gesagt: „Warum soll man sich einmischen? Leben wir nicht gut?“ Viele, die so denken, haben das Problem ihres Lebens gelöst, und für sie besteht leben darin, zu essen, zu schlafen und ihre Triebe zu befriedigen. Die Menschheit und die Kirche können schwerlich große Fortschritte mit der Hilfe dieser Menschen machen. Wenn ein Idealist ihnen sagen würde, daß der Mensch, außer zu leben, andere höhere Sorgen und höhere Erwartungen haben muß, würden sie ihm entgegen: „Wofür mischst du dich in diese Fragen ein?“ Man kann mit den Meinungen dieser Idealisten übereinstimmen oder nicht. (Das ist eine Frage, die mir nicht zusteht. Jeder muß sich vor seinem Gewissen verantworten.) Aber alle jene, die sich um diese Probleme kümmern, wenn sie auch nicht so denken wie diese und jene, die für diese Dinge leiden: sie geben uns ein sehr gutes Beispiel, die wir uns in Mittelmäßigkeit und Ängsten einherschleppen, ohne größere Erwartungen als zu essen, zu schlafen und unsere Bedürfnisse zu befriedigen.

Bevor ich schließe, möchte ich zwei Anmerkungen machen:

1. Diese Predigt habe ich vorgelesen, damit sie geschrieben bleibt, so wie ich es gesagt habe. Auf diese Art und Weise kann man alles das, was interessant ist, lesen und erfahren, genauso, wie es gesagt wurde.
2. Es stehen da Dinge gegen die Autoritäten, nicht weil sie Autoritäten sind, sondern weil sie die Menschenrechte nicht zu verteidigen wußten. Wenn eines Tages Autoritäten mit anderem politischen Vorzeichen die Menschenrechte mit Füßen treten, werde ich meine Stimme wieder erheben, um sie anzuklagen.

6. Brief an das Konzil

Als das Konzil angekündigt wurde, setzten die baskischen Priester, denen das Predigen über „Mater et Magistra“ und „Pacem in Terris“ untersagt worden war, ihre Hoffnung auf diese Instanz. Die Priester aller vier baskischen Diözesen richteten an die Konzilsväter einen offenen Brief. Der Brief klagte noch einmal die Verflechtung der Hierarchie mit dem totalitären Regime Francos an und legte darüber eine Analyse

vor. Die baskischen Priester baten um eine klare Antwort auf das Problem der Beziehungen von Staat und Kirche. Hier einige Auszüge: *relacion*

... eine der wichtigsten Ursachen, wenn auch nicht die einzige der Kluft zwischen Kirche und Volk ist die Tatsache, daß in Spanien die Kirche übermäßig an das politische Regime gebunden erscheint und aus diesem Grund die Kirche durch die Tätigkeit des Staates mitbelastet wird.

Diese Einheit, durch die Gewährung einiger Privilegien an die Kirche gewonnen, schränkt nach Meinung vieler Gläubiger die Freiheit der Hierarchie ein, und diese sieht sich zu einem folgenreichen Schweigen gezwungen, trotz der ersichtlichen und systematischen Verletzung des Naturrechts, das in Mater et Magistra und Pacem in Terris so feierlich verkündigt wurde.

... Hier einige Tatsachen über den spanischen Staat, die nach Meinung des Volkes die Hierarchie nicht verschweigen dürfte:

a) Politisch gesehen, (ist Spanien) ein totalitäres System mit einer einzigen Partei unter der Leitung des Innenministers (Ministro de Gobierno).

b) Sozial gesehen, ist es ein totalitäres System, mit dem Verbot jeder Art von Arbeitervereinigungen oder Gewerkschaften; die Arbeiter werden in die einzige Gewerkschaft, die staatlich gelenkt ist, gezwungen.

c) Alle Parteien, einschließlich derer, die im Bürgerkrieg auf der Seite der Sieger gekämpft haben, sind verboten.

d) Die von dem spanischen Fuero anerkannten Menschenrechte haben keine Geltung, noch gestatten sie ein gerichtliches Verfahren, wie das höchste Gericht in einem privaten Fall erklärt hat, mangels einer Gesetzgebung und mangels der Ausführungsbestimmungen zu den vorgesehenen Grundsätzen.⁷

e) Es fehlt jede oppositionelle Presse. Sie wurde vom ersten Tag (des Franco-Regimes) an abgeschafft.

⁷ Die Grundgesetze der spanischen Bürger und Arbeiter werden in den *Fuero de los Españoles* und *Fuero del Trabajo* erklärt. Diese besitzen aber keine konkrete Gesetzeskraft, sondern nur die ideelle Gültigkeit einer Prinzipien-erklärung, so daß sie gerichtlich untauglich sind. Die „Prinzipien der (Nationalen) Bewegung“ sind ihrerseits, nicht weniger als Gott, „ihrer eigenen Natur nach unantastbar und unveränderlich“.

P. Altares, *Une action politique est-elle possible en Espagne?*, in: „L'Espagne Bouge“, 1966, S. 30, schreibt: „... Die aus dem Aufstand des 18. Juli hervorgegangenen spanischen Grundgesetze sind eine merkwürdige Mischung abstrakter Prinzipien, Halbwanheiten und Mythen, die nur aufgrund dogmatischer Kategorien eingesetzt worden sind ...“

f) Es gilt eine strenge Zensur und ein staatliches Informationsmonopol mit Ausnahme der im Konkordat der Kirche zugestandenen Rechte.

g) Es gibt kein Gesetz und keine Regelung für die Presse, trotz der wiederholten Versprechungen des Informationsministeriums.

h) Der Arbeitsstreik ist als gesetzwidrig erklärt worden und stellt ein Verbrechen dar.

i) Die Rechte der verschiedensten Vereinigungen und ethnischen Minderheiten werden weder anerkannt noch gebührend geachtet.

Die Geschichte beweist, daß die Kontrolle über die Hierarchie eine der am häufigsten von den Regierungen gebrauchten Methoden ist, um sich in die Angelegenheiten der Kirche einzumischen und sie sich ihren Interessen und Zwecken gefügig zu machen . . .

Und da Ihr im Konzil das Thema der Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu behandeln habt, bitten wir Euch dringendst, daß Ihr die Freiheit für die Kirche in der ganzen Welt unter der Hinsicht definiert, daß gestattet ist, die eigenen Bischöfe zu wählen, und daß Ihr jedes Vorschlagsrecht der staatlichen Autorität für die Ernennung der Bischöfe abschafft . . .

Obwohl das Recht der Appellation an ein Konzil in der Kirchengeschichte niemals verweigert wurde, erschien auch das den baskischen Bischöfen, die mit den spanischen im Konzil bekanntlich eine traurige Rolle spielen sollten, eine Zumutung. Vergeblich beriefen sich die baskischen Priester auf den *Aufruf Johannes' XXIII.*, daß alle sich an der Vorbereitung des Konzils beteiligen sollten. Johannes XXIII. war im offiziellen Spanien nur mit vielen Einschränkungen beliebt: Er hatte nämlich die bis dahin als „Kreuzzug“ geheiligte Katastrophe bei ihrem richtigen Namen genannt: „jämmerlicher Bürgerkrieg“, „bedauernswerter Streit“, „grausamer Bürgerkrieg“,⁸ was dem Konzept der spanischen Hierarchie nicht paßte. Der Bischof von Vitoria berief ein Tribunal, das von allen Unterzeichnern die Zurücknahme ihrer Unterschriften forderte unter Androhung der „suspensio a divinis“ (23. September 1963). Obgleich in demselben Dekret von dem Tribunal erklärt wurde, daß ihm der Text des unterschriebenen Doku-

⁸ *Ecclesia*, 21. Oktober 1961, S. 8. Diese Wochenzeitung gilt als offizielles Organ der spanischen Hierarchie und als offizielles der Katholischen Aktion.

menten gar nicht bekannt sei. Die Unterschriften des Klerus von Vitoria wurden zurückgezogen. Die Diözese Vitoria hat 1969/70 die ersten großen Unruhen seit dem Bürgerkrieg in seinem Klerus erlebt.

Der Verlauf des Konzils wurde zu einem Sieg für die baskischen Priester. Aber nicht nur der baskische Klerus fühlte sich durch das Konzil bestätigt, sondern ganz Spanien erfuhr eine grundlegende Wandlung: Das soziale Bewußtsein erwachte, ein Bewußtsein, das bislang von den eigenen Bischöfen niedergehalten worden war. Jetzt wurde dem spanischen Volk klar, daß sich die sozialen Ansichten seiner Bischöfe nicht mit der Meinung der allgemeinen Kirche deckten, sondern daß seine Hierarchie mit zu den rückständigsten der Welt zählte. Ein Chanson spottete: „Unsere Bischöfe gingen froh zum Konzil und kommen mit einer Schlappe zurück.“

B. Nach dem Konzil

1. ETA

Man muß wiederum die inzwischen veränderte soziale Lage berücksichtigen, wenn man die Haltung der baskischen Kirche heute verstehen will.⁹

Seit Ende der sechziger Jahre zeigen die sozialen Verhältnisse wie auch die politische Opposition im Baskenland neue Züge. Die gewaltsame Repression und die Folterungen haben die Opposition zu radikalen Formen geführt. Die sozialistische und probaskische ETA (Euzkadi ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit) leiteten diese Phase ein. Das Ausmaß der Spannungen läßt sich daran ersehen, daß in den letzten drei Jahren viermal der Ausnahmezustand über das Baskenland verhängt worden ist. Über tausend Menschen wurden aus politischen Gründen verhaftet. In der zweiten Hälfte des Jahres 1969 wurden insgesamt über fünfhundert Jahre Gefängnis sowie

⁹ Vgl.: *Batasuna*, La répression au Pays Basque, Paris (Maspero) 1970.

zwei Todesurteile gegen Basken ausgesprochen. Es kam zu bewaffneten Konfrontationen zwischen Polizei und der Opposition.

Als in der ersten Hälfte des Jahres 1968 führende Leute der ETA verhaftet und gefoltert wurden, folgte eine Reihe von Terroraktionen: Fernsehsender, Elektrowerke, Telefonzentralen wurden gesprengt. Die Häuser einiger Spitzel wurden in Brand gesetzt. In Irun, Villafranca, Beasain, Durango wurden auf die Polizeireviere Attentate durchgeführt. Um ihre Aktivität zu finanzieren, scheute sich die ETA nicht vor dem „hold-up“ in Banken und Sparkassen.

Am 7. Juni 1968 wurden bei einer Konfrontation von ETA-Mitgliedern und Polizei ein „Guardia Civil“ und ein ETA-Mitglied (der junge Doktor Etxebarrieta) getötet. Am 2. August wird der Chef der politischen Polizei in Guipuzcoa, Melitón Manzanas – bekannt als Leiter der Folterungen – vor seinem Haus in Irun niedergeschossen. Danach wird der Ausnahmezustand erklärt und das „Gesetz gegen Terrorismus und Banditentum“ wieder in Kraft gesetzt, wonach jede politische Opposition dem bewaffneten Aufstand gleichgesetzt wird und Streik mit dem Todesurteil bestraft werden kann. In derselben Nacht wurden über hundert Menschen allein in San Sebastian, bald danach über fünfhundert in Guipuzcoa (unter diesen auch fünfzehn Priester) verhaftet und fünfzig Deportationen vorgenommen (u. a. drei Priester). Am 9. April 1969 erschöß ein ETA-Mitglied bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Polizei einen Taxifahrer. Es wurden mehrere Priester und der Generalvikar von Bilbao verhaftet. Am 14. Mai erschöß ein Polizist bei der Suche nach ETA-Mitgliedern einen völlig unschuldigen Mann in der Kirche. Am 22. Juli wurde ein Attentat auf zwei Polizisten verübt. Im September schickten dreitausend Schriftsteller, Intellektuelle und Persönlichkeiten aus Guipuzcoa einen Protestbrief an Franco. Die Todesstrafe für das ETA-Mitglied Arrizabalaga am 27. Oktober löste neue Protestdemonstrationen in allen Städten aus. Die Polizei griff ein: In Ondarroa, Geburtsort von Arrizabalaga, schoß die

Polizei auf die Demonstranten, ein Mädchen wurde schwer verletzt. Am 29. Oktober wurden bei einer nicht politischen Arbeiterdemonstration in Erandio zwei Arbeiter erschossen.

2. Das Volk und sein Klerus

Aufgrund dieser verschärften Situation entwickelte der baskische Klerus neue Aktionsmethoden. Die Hierarchie versuchte zwar, nach dem Konzil ihre alten Positionen zu verlassen, mindestens sie zu mildern und sich vom Staat zu distanzieren, aber die Kluft zwischen der Hierarchie und dem Klerus konnte sich nur noch vergrößern: Wo die Bischöfe einen Schritt vorwärts wagen, haben ihre Priester bereits zwei gemacht. In der neuen sozialpolitischen Lage hatte sich die baskische Kirche zu entscheiden. Die Aktionen des baskischen Klerus richteten sich a) gegen die Unterdrückung durch den Staat und darüber hinaus gegen das Franco-Regime selbst, b) gegen die der Kirche gewährten staatlichen Privilegien, c) gegen die Einheit von Staat und Kirche, wodurch diese sich an allen Handlungen des Staates mitschuldig macht. Hinsichtlich des Verhaltens der Priester läßt sich ein Bewußtseinswandel feststellen: Während sie in früheren Zeiten gleichsam von oben in ihrer Stellung als Hirten der Gemeinde mit paternalistischem Gebaren gegen die Verletzung humanitärer Grundsätze protestierten, erkannten sie sich jetzt selbst als Teil des unterdrückten Volkes und als Opfer gewaltsamer Unterdrückung. Dieses Bewußtsein führte den Klerus dahin, sich den radikaleren Aktionen des Volkes anzuschließen und sich mit ihm in allen Teilen zu identifizieren. Es läßt sich in dieser Phase deutlich eine Eskalation beobachten in enger Verbindung mit den zunehmenden Spannungen in der Gesellschaft, und zwar nicht nur in den Aktionsmethoden, sondern vor allem in dem Selbstverständnis der Priester. Während dieses Prozesses hat es jedoch nicht an Schwankungen und Spaltungen innerhalb des Klerus gefehlt. a) Angesichts der wiederholten Schwierigkeiten des niederen Klerus mit der Hierarchie bemühten sich die entschlossensten

Kreise dieses Klerus im Winter 1965, sich außerhalb des Diözesansystems zu organisieren. Der Versuch scheiterte. Am 21. Mai 1966 hatte man dagegen die Gründung der *Enlaces*, der „Verbindungsorgane“, erreicht. Die *Enlaces* sollten zunächst nur der gegenseitigen Information dienen; sie vertraten den „gemäßigten Weg“. Ein Plan für konzertierte Aktionen schien noch keine Aussicht zu haben: Die starke Politisierung der Massen und die Aktionen der ETA hatten bei dem Klerus unterschiedliche Meinungen hervorgebracht. Der Radikalismus der ETA wurde zu einer Herausforderung für den baskischen Klerus, dessen einer Teil ihn nicht zuletzt gerade im Namen der politischen Vernunft ablehnte. Im Sommer 1966 sah es für eine Weile so aus, als ob sich der gemäßigte Weg bestätigen würde. Der Entwicklungsplan zeigte die ersten Erfolge: Das Einkommen pro Kopf erhöhte sich um 7,3 Prozent, das gesamte Nationaleinkommen um 8,2 Prozent. Die „Gastarbeiter“ begannen, Devisen in die Heimat zu schicken. (Allein im Jahre 1965 gingen zweihundert-siebenundzwanzigtausend Arbeiter ins Ausland.) Der Tourismus hinterließ eine Milliarde Dollar. Die neue Mannschaft der „Technokraten“ in der Regierung erfüllte die Bevölkerung mit Optimismus: Man versprach eine Liberalisierung, vor allem eine neue Gesetzgebung für Presse- und Informationsfreiheit. Da zur gleichen Zeit ausländische Investitionen in bis dahin unbekanntem Maße nach Spanien flossen, glaubte man, daß die Europäisierung in vollem Gange sei. Im Herbst zeigte sich jedoch, wie zerbrechlich diese Hoffnungen waren. Man hatte vergebens zu verheimlichen versucht, daß die Lebenshaltungskosten sich um 13,2 Prozent, also weit über die Lohnsteigerungen hinaus, erhöht hatten. Die Handelsbilanz zeigte ein Defizit von 1,76 Milliarden Dollar: der tiefste Punkt in der spanischen Handelsgeschichte. Die OCDE klagte über eine drohende Inflation. Die Professoren Sureda, Tamames u. a. entlarvten den Entwicklungsplan, der nur eine Scheinblüte hervorgerufen hatte. Martinez Conde, Führer der HOAC (Katholische Arbeiterbewegung), bedau-

erte, daß der Plan allein zu Lasten der Arbeiter geht. Pater Llanos erhob Klage in der Presse der JOC, daß der Plan nur eine weiterentwickelte soziale Ungerechtigkeit darstelle: der Entwicklungsplan habe vor allem eine Entwicklung der Privilegien hervorgerufen. Spanien, traditionelles Exportland für Agrarprodukte und Lebensmittel, mußte diese jetzt importieren. Die Spanier wurden aus ihrem Sommertraum zur bitteren sozialpolitischen Wirklichkeit geweckt.

Eine Analyse der mittleren sechziger Jahre würde zeigen, daß die jetzt entscheidenden neuen Gruppenbildungen sich während dieser Jahre gefestigt hatten, und zwar sowohl die oppositionellen als auch die reformistischen innerhalb des Systems (die letzteren in ständigem Kampf mit den „Ultras“ der alten Garde). Es ist nicht zu leugnen, daß sich reformfreundige Kräfte in dem neuen Klima des Entwicklungsplanes einen Platz innerhalb des Systems erobert haben. Sie bedeuten aber noch keine neue Wirklichkeit in der spanischen Politik, bestenfalls eine Hoffnung.¹⁰ Dagegen hat sich zu dieser Zeit die Opposition deutlich gegen das System gewandt, das die eigenen Fehler mit unerhörter Brutalität und mit Terror zu decken versuchte. Arbeiterkonflikte, Streiks, Demonstrationen nahmen im Jahre 1966 wieder zu. Die „Comisiones Obreras“ (Arbeiterkommissionen) legten in Zumarraga ein Aktionsprogramm vor, das sich auch die ETA zu eigen machte. Im Oktober überreichten hundertsiebenundsiebzig baskische Priester dem spanischen Episkopat einen Bericht über die sozialpolitischen Probleme des Baskenlandes (bekannt als Moise-Dokument). In demselben Monat erreichen die „Comisiones Obreras“ in ganz Spanien, mit einigen Ausnahmen in Katalonien, den totalen

¹⁰ Vgl. B. Schütze, Rekonstruktion der Freiheit. Die politischen Oppositionsbewegungen in Spanien (Suhrkamp), 1969. (Dieses Buch erscheint uns als mangelhaft und in seiner Analyse alten Schemata verhaftet); und: S. Vilar, Protagonistas de la España democrática. La oposición a la Dictadura, 1939–1969, 1969. (Die deutsche Übersetzung ist in Vorbereitung.) Die Rezension von F. R. Allemann, Spanien, Leck im System. Spektrum der Opposition, in: Christ und Welt vom 22. Mai 1970, S. 6, erscheint uns nicht in allem zutreffend.

Zusammenbruch der offiziellen „vertikalen“ Gewerkschaft (Spanien ist ein „national-gewerkschaftliches System“, und die staatliche Gewerkschaft ist nach ihrer Verfassung ein „Instrument im Dienste des Staates“). Die Polizei schien nicht viel von der Liberalisierung zu halten. Verhaftungen, Folterungen verdüsterten noch einmal den Winter. Am 27. Februar 1967 wurden in dem Bergwerk „Aleman“ hundertvierzig Bergleute verhaftet. Die Streiks breiteten sich in Biskaia weiter aus, und am 12. März wurde eine Solidaritätskundgebung mit den seit November des Vorjahres Streikenden von Echeverri von der Polizei barbarisch niedergeschlagen. Arbeiterführer wurden verhaftet, gefoltert und deportiert oder verbannt.

Der Frühling bietet eine sehr gespannte Lage im Baskenland. Der gemäßigte Weg scheint nicht mehr vertretbar. Die „revolutionären“ Tendenzen gewinnen die Oberhand: Die JARC (Katholische Landjugend) des Baskenlandes bekennt sich offen zu einem Sozialismus. Unter den Priestern erwacht die Überzeugung, über die verbalen Proteste hinausgehen zu müssen. Auf die ernsthafte Umwandlung des Systems von innen heraus, an die noch wenige Monate vorher viele geglaubt hatten, hofft kaum noch einer. Mehr und mehr gewinnen auch im Klerus die radikaleren Kräfte die Oberhand.

b) Im Jahre 1967 kommt es zu direkten, immer heftigeren Konfrontationen zwischen der Regierung und dem baskischen oppositionellen Klerus, der inzwischen das System global abzulehnen beginnt. Im April 1967 wird nach einem allgemeinen Streik in Biskaia der Ausnahmezustand über diese Provinz verhängt, um die Repressionen zu erleichtern. Das Ergebnis waren Geldstrafen (insgesamt siebeneinhalb Millionen Peseten), Verhaftungen und Folterungen sowie über dreißig Deportationen. Die Zahl der Prozesse vor den Militärtribunalen wurde nicht bekanntgegeben. Der baskische Klerus reagierte mit einer Protestdemonstration (12. April 1967): Nach einem Marsch durch Bilbao richteten die Priester einen Brief an den Gouverneur und an den Bischof. Im Juni schickten hundert-sieben Priester aus Biskaia einen offenen Protestbrief an Franco,

der trotz des Ausnahmezustandes im Untergrund verbreitet wurde. Zur selben Zeit häufen sich die Predigten in der gleichen Art, wie die oben angeführte von Pater Gabika. Unter den während des Ausnahmezustandes Bestraften befanden sich daher auch mehrere Priester. Angeklagt wurden sie wegen der Verteilung hektographierter Predigten über die Menschenrechte, wegen Verlautbarungen über das Recht zum Fortbestand der baskischen Kultur, wegen offener Proteste gegen Folterungen, wegen der Weigerung, die spanische Fahne in den Kirchen auszuhängen sowie staatliche Einrichtungen zu segnen. Damit beginnt der „Fall der baskischen Priester“ ein eminent politisches Problem mit rechtlichen Verwicklungen zu werden: Die staatlichen Behörden behaupten, daß die baskischen Priester gegen die Ordnung und das spanische Recht verstoßen und deshalb straffällig werden. Es beginnen die Prozesse gegen die Priester.

c) Diese Situation dauerte bis 1968. Im März fingen etliche Priester der fünf baskischen Diözesen (der Kontakt der vier spanisch-baskischen Diözesen mit der französisch-baskischen ist wieder stärker geworden) an, ihre Arbeit zusammen zu planen. Sie standen alle der JARC nahe. Eine Reorganisierung der Pfarrgemeinden wurde eingeleitet. Viele Priester nahmen an Alphabetisierungskampagnen für baskische Kultur teil, deren politische Bedeutung unverkennbar ist. Im April veröffentlichten die baskischen Bischöfe Angel Olano und Ignacio Larranaga (ehemalige Missionsbischöfe) zusammen mit dem Benediktiner Abt Mauró von Lazkano eine Dokumentation über Folterungen. Es kam zu ersten Folterungen von Priestern. Zwei Beispiele: Am 17. März besetzten etwa fünfzig mit Maschinengewehren bewaffnete Polizisten die Residenz der Jesuiten in Bilbao. Der Obere, Pater Aguirrezabal, wurde zunächst von dem Polizeichef Junquera gefoltert. Aguirrezabal, dessen Hände so geschwollen waren, daß man ihm die Handschellen nicht abnehmen konnte, unterschrieb schließlich ein Bekenntnis seiner „Irrtümer“. Danach wurde er aufgefordert, Namen baskischer Terroristen zu nennen, man würde ihm den

„Dienst“ gut bezahlen. Ähnliches geschah bei den Trauermessen für das ETA-Mitglied Etxebarrieta, die trotz Verbot des Gouverneurs zu massiven Demonstrationen wurden. Die Polizei ging in die Kirchen hinein und schlug auf die Teilnehmer der Messe ein. Priester, die protestierten, wurden verhaftet, auf der Straße beschimpft, einige gefoltert (so zwei Franziskaner, Arbeiterpriester in Eibar). Besonders belästigt wurden in dieser Zeit die Benediktiner der Abtei Lazkano, eines bekannten liturgischen und kulturellen Zentrums in Guipuzcoa.

Am 30. Juli wurden mehrere Priester morgens zwischen sechs und acht Uhr in ihren Häusern festgenommen, weil sie die Geldstrafen nicht bezahlen wollten bzw. könnten: Aurtenetxe (Pfarrer in Sodupe), Artetxe (Pfarrer in Ibarri), Solabarria (Arbeiterpriester in Baracaldo), Berrioategortua (Kapellan in Amorebieta), Oruemazaga (Arbeiterpriester in Ondarroa), Madariaga (Pfarrer in Baquio). Erschrocken erschien eine Gruppe Priester beim Provikar Jiménez Urresti, um eine Erklärung zu erbitten. Jiménez Urresti (Vertreter Spaniens in der Zeitschrift „Concilium“) antwortete, nichts davon zu wissen noch wissen zu wollen, denn er habe „andere wichtige Probleme, als sich darum Sorgen zu machen“. Auf Drängen der Priester teilte Jiménez Urresti schließlich mit, daß die Verhaftung dieser Priester mit Genehmigung des Bischofs vorgenommen und daß die Genehmigung für die Verhaftung noch weiterer Priester gegeben worden war (nach dem Konkordat erforderlich). Die verhafteten Priester wurden zum Priestergefängnis von Zamora gebracht, in dem bereits drei andere Geistliche inhaftiert waren.

3. Die Besetzung des bischöflichen Palastes in Bilbao

Es ist verständlich, wenn sich in einer so verwickelten und komplizierten Situation die Priester unsicher fühlten. Die Bischöfe ignorierten die Schwierigkeiten und gaben für ihre Diözesen keine Richtlinien heraus. Die Priester sahen sich völlig auf das

eigene Urteil angewiesen. Wenn sie aber danach handelten, ließ sie der Bischof im Stich, oder sie wurden sogar von ihm nicht selten bestraft. Sie verlangten deshalb offizielle Richtlinien für ihre Praxis. Msgr. Gurpide, Bischof von Bilbao, sorgte dafür, daß alle Tagungen mit diesem Ziel seit 1964 zunichte gemacht wurden, bis ihn einmal die Priester in einem Theater von Bilbao auspiffen. Aufgeregt und fast weinend antwortete Msgr. Gurpide, und diesmal sogar auf baskisch. Aber die geforderten Richtlinien kamen nicht. Daraufhin sahen die Priester keine andere Lösung als die Besetzung des bischöflichen Palastes. Der erste Versuch (im Jahre 1968 – sechsundzwanzig Priester) scheiterte in weniger als vierundzwanzig Stunden, weil die Polizei, vom Bischof beauftragt, den Palast räumte. Die Priester erklärten, die Besetzung so oft zu wiederholen, wie es nötig sei, was dann auch zwei Monate später wieder geschah (vom 7. bis 16. August – vierzig Priester). Der Bischof versprach die Bildung einer sozio-pastoralen Kommission unter der Leitung des Dr. Ubieta. Aber bereits nach fünfzehn Tagen trat diese Kommission zurück. „Die Verfahrensart des Bischofs in den letzten fünfzehn Tagen bedeutet praktisch die totale und offene Desavouierung jeder Tätigkeit dieser Kommission und ihres Leiters“, erklärte die Kommission (5. September 1968).

Auf Drängen der Priester war die Kommission gebildet worden mit teils demokratisch gewählten, teils vom Bischof direkt ernannten Mitgliedern. Und auf Drängen der Regierung verschwand sie. Das beweist ein Telegramm des Ministers Castiella an den Gouverneur von Bilbao: „Wegen der außerordentlich gefährlichen Lage bitte ich Sie, angemessene Maßnahmen zu treffen. Ich rate Ihnen, dem Bischof mitzuteilen, daß die sozio-pastorale Kommission abzuschaffen ist. Im Falle einer Absage werden gegen die Provinz extreme Maßnahmen ergriffen.“ Am selben Tage wurde das Telegramm vom Bischof dahingehend beantwortet, daß die sozio-pastorale Kommission bereits umgebildet worden sei (6. September 1968).

In diesen Tagen unterschrieben hundertdreiundzwanzig Prie-

ster aus Biskaia, alle über sechzig Jahre alt, einen privaten Brief an den Bischof, in dem sie ihn um seine Abdankung wegen seines totalen Versagens baten. Ende September 1968 verschärfte sich die Lage in der Diözese Bilbao. Mehrere Priester schickten jeden Brief, den sie aus dem Generalvikariat erhielten, wie auch ihr Gehalt systematisch zurück. Pfarrer weigerten sich, Priesterkandidaten ins Seminar zu schicken. Vierundachtzig Pfarreien aus Biskaia lehnten es ab, dem Bischof Abgaben zu leisten, statt dessen wurde mit diesen Mitteln ein „Informationsblatt der Priester“ finanziert.

4. Ausnahmezustand über Guipuzcoa und Biskaia

Am 4. August 1968 verhängt ein eilig einberufener Ministerrat für drei Monate den Ausnahmezustand über Guipuzcoa, der dann auf die baskischen Nachbarprovinzen und schließlich auf ganz Spanien ausgedehnt wurde.¹¹ Im Unterschied zu Msgr. Gurpide von Bilbao antwortete Msgr. Bereciatua in San Sebastian mit einem harten Hirtenbrief (24. August), in dem er die Gewaltanwendung von seiten der staatlichen Obrigkeit besonders scharf verurteilte. Er beschuldigte diese der Einmischung in kirchliche Angelegenheiten und des Konkordatsbruchs. Gegen den Druck des Erzbischofs von Madrid, Morcillo, und höchster Regierungsstellen, vor allem des Zivilgouverneurs von San Sebastian, die mit allen Mitteln den Hirtenbrief zu verhindern suchten, ließ Msgr. Bereciatua seinen Hirtenbrief am 31. August in allen Messen in der Diözese verlesen. Die Pressekampagne gegen ihn, der bis dahin treu zur Regierung gehalten hatte und von der Presse gelobt worden war („Er hat sich von den baskischen Aktivisten manipulieren lassen“, schrieb das Falangeorgan „Arriba“ am 1. September 1968), hörte nicht einmal dann auf, als er einen Monat später starb und ohne die sonst üblichen Feierlichkeiten begraben wurde. Die Basken sind Bischof Bereciatua noch besonders

¹¹ Vgl.: „L'Eglise au Pays Basque face à la répression“, in: Informations Catholiques Internationales, Nr. 321, Oktober 1968, S. 4-7.

dafür dankbar, daß er der baskischen Sprache in der Liturgie Raum geschaffen hat. Die spanische Bischofskonferenz, aber auch die anderen Bischöfe im Baskenland haben diese Sprache für die Liturgie erst in dem Moment anerkannt, als Msgr. Bereciartua sie vor die vollendete Tatsache stellte.

Nach Guipuzcoa mußte auch Biskaia zum zweitenmal den Ausnahmezustand erleben. „Das Klima des Terrors, das der vorige Ausnahmezustand durch Verhaftungen, Folterungen, Deportationen usw. beim Volk geschaffen hat, läßt uns vermuten, was jetzt wieder geschehen wird. Wann wird die Zeit kommen, in der eine autorisierte Stimme der Kirche ausruft: Basta!“, schrieb am 27. Oktober 1968 das „Informationsblatt der Priester der Diözese Bilbao“. Aber Msgr. Gurpide schwieg.

5. Die Belagerung von Derio

Es folgte die erwartete und gefürchtete Aktivität der Polizei mit Unterstützung der Armee und der Militärtribunale. Am 4. November legten sechzig Priester aus Biskaia ihre Arbeit in den Pfarreien nieder, schrieben einen Brief an den Nuntius und an den Papst und schlossen sich freiwillig auf unbestimmte Zeit in das Priesterseminar von Derio ein. Gleichzeitig verfaßten sie folgendes Blatt für die Information des Volkes:

Ständig ist unser Volk Opfer von Drohungen, Verhaftungen und barbarischen Mißhandlungen, die gegen die Bürger – besonders gegen die jungen – angewandt werden.

Geräuschlos sickert der Terror in das Bewußtsein der Menschen, die nicht wagen, Verantwortung oder irgendein Recht zu beanspruchen, die die zivilisierte Welt für natürliche oder unbedingt notwendige Menschenrechte hält.

Das Leben des baskischen Arbeitervolkes siecht in seiner Kultur, seinem Unternehmungsgeist, seinem politischen Verantwortungsgefühl – während viele Brüder in den Untergrund oder ins Exil getrieben sind. Indessen erhebt sich keine Stimme der kirchlichen Autorität, die öffentlich Einspruch gegen diese Mißstände erhebt. Unsere Hierarchen segnen im Gegenteil weiterhin den Zustand und die herrschenden Gewohnheiten und machen auf diese Weise die Kirche zur Mitarbeiterin der Unterdrückung. Die Kirche unterstützt

in ihrem Kult, in ihrer Presse, in der Katechese, in den Schulen die Kastilianisierung des baskischen Volkes. Ihre Hierarchie tritt christlichen Bewegungen entgegen, die das derzeitige System anklagen, und wirft ihnen Politisierung und Verweltlichung vor. Währenddessen verweltlicht sie sich selbst und alliiert sich mit der Politik der Machthaber . . .

Durch die Häufung von Kompromissen mit Macht und Geld macht die Kirche sich unfähig, die Stimmen der widerrechtlich Eingesperrten, der Mißhandelten, der Unterdrückten zu hören und auf die zahlreichen Dokumente, Schriften, Bitten um Unterredungen, die von Klerus und Volk an sie gerichtet werden, zu antworten. Alle diese normalen Mittel erweisen sich als wirkungslos und finden kein Echo. Darum sahen wir uns im Wissen um diese schwierige und dringliche Situation gezwungen, uns für außergewöhnliche Maßnahmen zu entscheiden.

Wir haben uns im Diözesanseminar von Derio eingeschlossen, einerseits, um die Notwendigkeit, eine grundlegende Erneuerung zu beginnen, zum Ausdruck zu bringen, andererseits, weil die gegenwärtige Situation all unsere Arbeit ihrer Wirkung beraubt oder aber wenigstens sehr erschwert.

Wir fordern eine Kirche, arm mit dem erniedrigten und ausgebeuteten Volk; frei von Servilität gegenüber Macht und Geld; dynamisch einbezogen in den ganzen Weg unseres Volkes; einheimisch mit im Volk geborenen Pfarrern und vollständig in das baskische Arbeitervolk inkarniert.

Dringlich ist eine totale Reform des Systems, Einrichtung einer baskischen Bischofskonferenz, ein apostolischer Administrator für unser Bistum, unter anderem zu dem Zweck, die Direktwahl des nächsten Bischofs unter direkter Mitwirkung des Volkes zu organisieren.

Wir fassen die Reaktionen zusammen: a) Etwa hundertzehn bewaffnete Polizisten umstellen wenige Stunden danach das Gebäude und besetzen das Gelände des Seminars. b) Der Bischof droht in einem Brief mit der Suspendierung aller priesterlichen Befugnisse, falls die Demonstranten das Priesterseminar nicht bis 24 Uhr verlassen sollten. Der Brief wird ihnen vorgelesen, die Priester verlangen den Text zu behalten, was jedoch abgelehnt wird. Daraufhin erklären die Priester sich als nicht unterrichtet und verlangen den Rückzug der Polizei, da es sich um eine rein innerkirchliche Angelegenheit handle. Der Polizeieinsatz ist jedoch vom Bischof selbst gefordert und

acceptation

genehmigt worden. Kurz danach werden die meisten Polizisten abgezogen. c) Der Bischof und die Oberen des Seminars drohen, das Seminar zu schließen, was seine Besetzung durch die Polizei ermöglicht hätte. Daraufhin weigern sich die Theologiestudenten und Professoren, das Seminar zu verlassen und in die Theologische Fakultät der Universität in Deusto zu gehen. Die Theologiestudenten, die sich zunächst mit der Sache der Priester nicht identifizieren wollten, fordern nach zwei Tagen eine offene Stellungnahme der Theologischen Fakultät. d) Die Gemeinden solidarisieren sich mit den Priestern und versorgen diese heimlich bei Nacht mit Nahrung, die ihnen vom Seminar verwehrt wird. Einige Gemeinden organisieren eigene Gottesdienste mit Lesungen und Gebeten, die von Laien selbst geleitet werden. Es sind vor allem Studenten und katholische Arbeitergruppen, die Kontakt zu den Priestern unterhalten. e) Die Presse berichtet nur von „separatistischen Pfarrern“ (Pueblo), „Boten der Rebellion“ (Arriba), „Schismatikern“, „Rassisten“, „klassenkämpferischen Priestern“ (Gaceta del Norte) usw.

Die „Priester von Derio“ stellen den Höhepunkt der Opposition des Klerus dar. Gewiß nicht eine Opposition „einer kleinen radikalen Minderheit“. Daß von neunhundertzwanzig Priestern der Diözese Bilbao fünfhundertsechzehn in diesen Tagen einen von der offiziellen Presse scharf kritisierten Brief an den Nuntius geschrieben haben, mag eine Vorstellung von der Breite dieser Opposition geben. Natürlich gibt es in dieser Opposition verschiedene Gruppen, angefangen von den radikalen „ETA-Priestern“ bis hin zu den vorsichtigeren, in dem System integrierten in der Art eines Ubieta.

Am 18. November starb Bischof Gurrutia. Die Priester blieben trotzdem in ihrer freiwilligen Klausur. In einem Flugblatt erklärten sie mit folgenden Worten den Charakter ihrer Aktion:

Der Tod eines Bischofs ist immer schmerzlich für eine christliche Gemeinde. Der Tod unseres Bischofs unter den aktuellen Verhältnissen der Diözese löst noch größeren Schmerz und Bestürzung bei allen Christen der Biskaia aus ...

Als unsere Antwort auf diese Gewissensprüfung, die der Tod unseres Bischofs hervorgerufen hat, glauben wir Priester erklären zu sollen: daß wir weiterhin im Seminar bleiben werden, zum Beweis, daß unsere Position sich nicht gegen unseren Bischof richtete, daß vielmehr ihr Ziel war – und ist –, eine Bekehrung zu bewirken bei allen, besonders bei denen, die größere hierarchische Verantwortung besitzen . . ., daß unsere Haltung – außer dem Ruf nach einer evangelischen Reinigung der hierarchischen Strukturen – auch auf die Formung eines Kollektivbewußtseins im ganzen christlichen Volk abzielt. Wir alle sind für die Kirche verantwortlich, für das Gute und für das Schlechte, das es in ihr gibt. Wir meinen, daß unser Verbleiben – mehr als unser Fortgehen – eine Hilfe sein wird für die Erprobung der christlichen Verantwortung.

Im Seminar von Derio, den 18. November 1968
Die sechzig Priester

Seit dem Tod von Msgr. Gulpide wird Biskaia (Diözese Bilbao) von dem Bischof von Santander, Msgr. Zirarda, dem Apostolischen Administrator für Bilbao, regiert. Msgr. Zirarda, selbst ein Baske, sprach mit den Priestern von Derio. Er zog die „suspensio a divinis“ zurück und erreichte, daß die sechzig Priester das Seminar am 29. November nach 25 Tagen verließen:

6. Der Weg der Neutralität

Msgr. Zirarda erweckte viele Hoffnungen in seiner Heimat Biskaia. Er versuchte, der totalen Zusammengehörigkeit von Staat und offizieller Kirche ein Ende zu setzen, die unter Msgr. Gulpide (Herder-Korrespondenz, April 1969: „er hatte zu all den genannten Mißständen beharrlich geschwiegen und sich widerspruchslos auf die Regierungslinie eingestellt“) den Klerus nur in verzweifelte Situationen geführt hatte. Msgr. Zirarda dagegen versuchte, den Weg der „Neutralität“ einzuschlagen. Einen Weg, der, wie uns scheint, vor fünfzehn Jahren wünschenswert, heute dagegen völlig aussichtslos, ja, unmöglich erscheint. Auch Msgr. Bereciartua erklärte kurz vor seinem Tod, daß er sich jahrelang diesen Weg zu gehen bemüht habe. Aber er habe sein Vorhaben als undurchführbar auf-

geben müssen. Er starb, kurz nachdem er dem Staat öffentliche Einmischung in kirchliche Angelegenheiten vorgeworfen hatte.

Da hier zugleich die Frage gestellt wird, welcher Kurs von der spanischen Hierarchie zu wünschen wäre, scheint eine kurze Bemerkung dazu angemessen zu sein. Der Weg der Neutralität mag, abstrakt gesehen, möglich und richtig sein, und nach allen Indizien ist es auch dieser Kurs, den die „fortschrittlichen“ Bischöfe in Spanien mit Unterstützung des Vatikans einschlagen wollen. Aber die Möglichkeiten von Neutralität sind faktisch durch die konkreten Probleme der Diözese und durch das Erbe der vergangenen dreißig Jahre beschränkt. Das erklärt, weshalb die Aktivität des Msgr. Zirarda in Bilbao voller Widersprüche erscheint. Trotz sehr populärer Maßnahmen (wie der Verkauf seines bischöflichen Palastes, um von dem Erlös neue Kirchen zu errichten; Verkauf seines Ringes, um Häuser für obdachlose Bauern in Huelva bauen zu können usw.) war er den wirklich schwierigen Fällen nicht gewachsen, wie der Fall Ubieta zeigen wird. Das Baskenland sieht sich einer ethnischen Unterdrückung ausgesetzt, an der die Kirche mitschuldig geworden ist. Deshalb erscheint Neutralität als ungläubwürdig: Das Volk kann nicht neutral sein. Wo die baskische Sprache verfolgt wird, ist es zwangsläufig politisch bedeutsam, ob die Hierarchie baskisch spricht oder nicht. Im Baskenland gehören die Arbeiterstreiks zur Tagesordnung, obgleich nach spanischem Recht jeder Streik prinzipiell gesetzwidrig ist. In dieser Situation werden sogar die Almosen an die entlassenen Streikenden zu einem Politikum. Das heißt nicht, daß die Bischöfe eine direkte Konfrontation mit der Regierung suchen sollen. Nützlicher und wertvoller als wohlklingende, aber ergebnislose Verlautbarungen, die nur Christen im Ausland trösten können, jedoch keinen Gewinn für die Spanier erbringen, erscheint die konkrete, praktische Arbeit der Kirche auf sozialem, juristischem, kulturellem und politischem Gebiet, wo immer die Menschenrechte mißachtet werden. Hier könnte die Kirche möglicherweise vieles gut-

machen, was sie bisher versäumt hat. Dadurch würde sie auch glaubwürdiger erscheinen, und die unvermeidbaren Konfrontationen der Hierarchie mit dem Staat erhielten ihren eigentlichen sachlichen Rang. Auch die Legitimität eines radikalen Weges, den ein Teil des niederen Klerus gehen will, müßte von der Hierarchie anerkannt werden, wenn auch ihr selbst dieser Weg nicht angeraten werden kann. Es müßte möglich sein, daß in der einen Kirche mehrere Wege nebeneinander gleichberechtigt existieren. Aber die These vom „Nur-Priester“ und der „eigentlichen Aufgabe der Kirche“ scheint diesen Weg zu versperren.

So wird es für Bischof Zirarda in der Praxis sehr schwer werden, einen „neutralen“ Weg zu gehen, den es in Biskaia gar nicht gibt. Kurz nach der Übernahme seiner Funktionen in Bilbao streikten plötzlich vierzigtausend Arbeiter in seiner Diözese, und sein Hirtenbrief über Sozialprobleme wurde diesmal nicht nur von der Presse kritisiert, sondern sogar vor dem Druck zensiert. In Bilbao wurden Kirchen von Leuten besetzt, die die Vermittlung des Bischofs zugunsten von einunddreißig Gefangenen, besonders für Frau Trini Basabe, die ihr fünftes Kind im Gefängnis geboren hatte, verlangten. Erschüttert versprach Msgr. Zirarda seine Vermittlung, die jedoch nicht fruchtete. Verhaftungen, Folterungen, Streiks, Verhöre der Priester häuften sich, Msgr. Zirarda blieb ratlos. Als Anfang 1969 der Ausnahmezustand über ganz Spanien verhängt wurde, meldeten die baskischen Bischöfe von San Sebastian, Pamplona und Bilbao entgegen der Note der „Comision Permanente“ des spanischen Episkopats, in der der Ausnahmezustand gutgeheißen worden war, ihre Kritik an. Aber auch diesmal wurde klar, daß Msgr. Zirarda sich in einem widerspruchsvollen Terrain bewegen wollte, was ihn zwangsweise zu einer Konfrontation mit seinem viel radikaler denkenden Klerus führen mußte. Während die Briefe von Kardinal Tabera (Pamplona) und von Bischof Argaya (San Sebastian) auf die sozialpolitischen Mißstände eingingen, die zum Ausnahmezustand geführt hatten (Mangel an sozialer, politischer

und Informationsfreiheit, Mißachtung der Menschenrechte, besonders der Grundrechte des Individuums und der gesellschaftlichen Gruppen), verzichtete Msgr. Zirarda auf solche Feststellungen, was den Hirtenbrief als Opportunismus erscheinen ließ.

Die Konfrontation Msgr. Zirardas mit seinem Klerus kam in unerwarteter und viel peinlicherer Form, als man erwartet hätte. Im April 1969, nach einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der Polizei und ETA-Mitgliedern, die den Tod eines Taxifahrers zur Folge hatte, wurden mehrere Zivilisten sowie fünfzehn Priester und auch Dr. Ubieta, der Generalvikar von Bilbao, verhaftet. Msgr. Zirarda reagierte hektisch: Er drohte mit einem Hirtenbrief, verlangte die sofortige Freilassung des Generalvikars. Nach Verhandlungen in Burgos und Bilbao mit Regierungsvertretern und dem Justizminister Oriol über die Freilassung des Dr. Ubieta wies Msgr. Zirarda in Homilien und einem Hirtenbrief auf die Unschuld seines Generalvikars hin, vergaß dabei jedoch die anderen verhafteten Priester, obgleich zwei von ihnen nichts anderes getan hatten, als den Auftrag von Dr. Ubieta auszuführen. Überraschend war aber, daß der Bischof den Tenor seiner sonntäglichen Predigt eine Woche nach den Verhandlungen völlig abgeändert hatte. Während er die Unschuld von Dr. Ubieta betonte, verurteilte er jetzt die baskischen „Terroristen“ („eine Minderheit, aber reich an Mitteln“, wie er sagte) und Priester, die „vielleicht ihre Aufgaben verfehlt haben“. Für die Priester von Bilbao blieb kein Zweifel daran, daß dies der Preis für die Freilassung des Generalvikars war. Nach dieser peinlichen Affäre zog sich Msgr. Zirarda praktisch vollständig zurück, er schien von Angst und Ratlosigkeit befallen zu sein.

7. Ein Hungerstreik und ein Flugblatt

Am 30. Mai 1969 traten fünf Priester im bischöflichen Palast in einen Hungerstreik. Folgendes Flugblatt, von den Priestern zu Beginn ihres Streiks veröffentlicht, wurde vom Militär-

tribunal als „vollendete militärische Rebellion“ betrachtet, ohne daß der Bischof in irgendeiner Form Einspruch dagegen erhoben hätte:

Eine Gruppe von Priestern beginnt einen Hungerstreik. Sie weiß, daß sie damit eine neue unangenehme Situation schafft, die nur angenommen und gelöst werden kann, wenn man den Schmerz und die Angst versteht, die unser Volk erleidet. Ihr Hungerstreik will ein Protestschrei sein und kämpft zugunsten der Unterdrückten unseres Volkes. Er will eine Ergänzung sein der immer noch sehr unzulänglichen Stellungnahme der Hierarchie. . .

Der Hungerstreik der Priester, die sich freiwillig eingeschlossen haben, will eine grundsätzliche Verurteilung der herrschenden Justizsituation und eine Bekräftigung folgender Forderungen sein:

1. an den Justizminister, daß er das Gesetz gegen Terrorismus und Gangstertum, wie auch die Sonder-Gerichtsbarkeit des Militärs abschafft;
2. an das Internationale Rote Kreuz, daß es eine Untersuchung der Gefolterten bei uns unternimmt;
3. an die UNO, daß sie die begangenen Gewalttaten feststellt und sie nach der Charta der Menschenrechte verurteilt;
4. an Msgr. Zirarda, den Apostolischen Administrator von Bilbao, daß er die Unterdrückung und die Gewalt, die unser Volk erleidet, deutlich zur Sprache bringt und durch einen Aufruf an das christliche Volk die derzeitigen Folterungen durch die Polizei aufdeckt.

Bilbao, Bischöfliches Ordinariat, den 30. Mai 1969

Das Militärgericht von Burgos verurteilte am 10. Juni 1969 die fünf Priester zu folgenden Gefängnisstrafen: J. Narveran zu 12 Jahren und 1 Tag, A. Gabikagogeaskoa zu 12 Jahren und 1 Tag, J. Amuriza zu 10 Jahren, N. Telleria und J. Kalzada ebenfalls zu 10 Jahren.

Die durch dieses Urteil hervorgerufene Reaktion dürfte Msgr. Zirarda wiederum zu erkennen geben, daß die Probleme des Baskenlandes nicht die einer „Terroristen-Minderheit“ sind: Dreihundertvierzig Priester erklärten sich mit den fünf verurteilten Priestern solidarisch, fast alle katholischen Laienorganisationen (HOAC, JOC, JOCF, JEC, VOS, VOJ, MOE) protestierten gegen das Urteil. Bald darauf folgte die Solidaritätserklärung von sechzig Priestern der baskisch-französischen

Diözese Bayonne sowie eine internationale Protestwelle. (In Deutschland protestierten als erste die Paulus-Gesellschaft, Priester- und Solidaritätsgruppen aus Deutschland und Österreich und Persönlichkeiten wie Kardinal Jäger, die Professoren Rahner, Moltmann u. a.) Bischof Zirarda hingegen ließ seine Priester im Stich . . .

8. Ein Bischof wird von seinen Priestern nicht empfangen

Zwei Vorwürfe wurden Msgr. Zirarda seit der „Affäre Ubieta“ gemacht: 1. daß er sich nur um die Angehörigen der Kirchenhierarchie kümmert, und 2. daß er auch hier bereit ist, die „Kleineren“ für den „Größeren“ zu opfern, sogar die, die im Auftrag des Generalvikars gehandelt haben.

Am 26. Mai besuchte Msgr. Zirarda die Priester, die im Gefängnis von Zamora auf ihre Verurteilung warteten. Die Priester lehnten es jedoch ab, ihn zu empfangen. Im Namen aller bedankte sich einer bei ihm „für das Gute, das bißchen Gute, das wir im Verhalten unseres Bischofs gefunden haben“. Er überreichte ihm einen Zettel mit der Begründung der Ablehnung, ihn zu empfangen. Darin wird dem Bischof u. a. vorgeworfen:

- Unsere offensichtliche Diskriminierung im Vergleich zu Don José Angel Ubieta. Ihn haben Sie öffentlich verteidigt, indem Sie ihn für völlig unschuldig erklärten; unsere Handlungsweise haben Sie im Gegensatz dazu in der gleichen Sache zwielichtig erscheinen lassen.
- Sie haben die Gewalt von unten, d. h. z. B. den Mord an einem Taxifahrer verurteilt, aber zu der Gewalt von oben, d. h. Mord und Folterungen der Polizei, nichts gesagt.
- Wir haben von Ihnen nicht ein einziges Trostwort für die Laien gehört, die in den Gefängnissen sitzen. Wir haben ebenso auch keine klare Verurteilung der grausamen Mißhandlungen der vielen eingekerkerten Personen durch die Polizei gehört. Wir haben auch keine moralische Unterstützung von Ihnen erhalten in bezug auf die Rechte, die die Angehörigen unseres Volkes, in immer größerer Zahl, verteidigen. Es ist dennoch klar, daß zwar alle diejenigen von oben und die von unten verantwortlich für

diesen Zustand sind (Worte des Hirtenbriefes von Msgr. Zirarda), aber nur die Armen, die Arbeiter und die Unterdrückten eingesperrt werden.

Dem Bischof gegenüber wurden folgende Forderungen erhoben:

- daß Sie die Gewaltanwendung derjenigen verurteilen, die aufgrund ihrer Macht immer neue Gewalttaten hervorrufen;
- daß Sie sich wieder für die Rechte der Unterdrückten einsetzen;
- daß Sie der höheren Hierarchie die Situation des baskischen Volkes klarmachen;
- daß Sie das erneute Inkrafttreten der Gesetze gegen Terrorismus und Gangstertum anklagen, insbesondere die Wiederherstellung der Sondergerichte, die jede Möglichkeit einer legalen Verteidigung und jegliche Art legaler Sicherheit des Gefangenen verhindern.

9. Ein Brief an den Bischof aus dem Exil

Ein ähnliches Schreiben erhielt Bischof Zirarda von vier anderen Priestern, die in die gleiche „Affäre Ubieta“ verwickelt waren und die nach Frankreich fliehen mußten. Es vergingen fünf Monate, bis sich der Bischof für sie einsetzte: Er schickte ihnen zweihundertsechzig DM, die ihr Leben im Exil erleichtern sollten. Hier der Brief unter Fortlassung der Einleitungs- und Schlußformeln:

Eigentlich hat man keine Lust zu schreiben in einer Situation, in der wir soviel Unterdrückung, soviel Blut und so viele Tränen sehen; gleichzeitig stellt man fest, daß die Hierarchie unserer Diözesankirche sich weiterhin nicht mit dem Blut der Opfer beschmutzen will . . . sondern mit dem Blut derjenigen, die bewaffnet unser Volk quälen und töten. . .

Zunächst hat uns gewundert und es hat uns gekränkt, wiewenig aufrichtig Sie sind, als Sie uns sagten: „Seit Monaten will ich mit euch Kontakt aufnehmen.“ Denn erstens hat jeder, der sich für uns interessierte, uns sofort erreicht, zweitens haben drei von uns Ihnen am 25. Mai einen Brief übermitteln lassen, und drittens sind Leute, die vorher hier mit uns zusammen waren, danach zu Ihnen gekommen. Hätten Sie im schlimmsten aller Fälle nicht unsere Familien fragen können?

Aber das ist nicht das Wichtigste. Und wir wollen nicht, daß Sie diesen Brief ansehen, als sei er aus persönlichen Rachegefühlen entstanden.

Wir möchten nur unsere Einstellung klarmachen in bezug auf Ihren Vorschlag der *materiellen Hilfe*. Sie haben gesagt, daß Sie sich für alle unsere Dinge interessieren und uns helfen wollen, soweit Sie können; daß wir Sie informieren über unsere materielle Situation usw. Also gut, Don José Maria, wir werden Sie weder über unsere Situation informieren noch Ihre Hilfe akzeptieren, nicht weil wir nicht wollen, sondern weil wir nicht können.

Wir wollen Ihnen erklären, warum nicht: Wir sind nicht Opfer irgendwelcher persönlicher Probleme, die wir zu unserer Zufriedenheit lösen müssen. Wir sind hier wegen einer Entscheidung, die wir getroffen haben und die wir weiter verfolgen zugunsten unseres getretenen und unterdrückten Volkes, indem wir leiden wie unser Volk. Diese Entscheidung wurde von uns gefordert als Mitglieder dieses unterdrückten Volkes und als Diener der Menschen. Sie müssen verstehen, daß in diesem Zusammenhang die persönliche Hilfe, wie Sie uns vorgeschlagen haben, nichts nützt, und es wäre von unserer Seite aus unwürdig sie anzunehmen. Darum schicken wir Ihnen die fünftausend Peseten zurück, die Sie als Monatseinkommen für drei von uns gedacht haben.

Das, was uns Sorgen macht, ist nicht unsere persönliche Situation, und wenn sie noch so ernst ist, sondern die Situation unseres unterdrückten Volkes. Gerade dieses Volk ist es, das Ihre Hilfe braucht. Nicht als Almosen, sondern als etwas, was aus der Gerechtigkeit entspringt – für das, was Sie als Bischof vor der Gesellschaft und vor dem Evangelium repräsentieren.

Falls Sie darauf antworten, was eigentlich Ihre Pflicht ist, seien Sie aufrichtig und christlich genug, die Situation der Unterdrückten unseres Volkes anzuklagen, das hilflos dem augenblicklichen Massaker ausgeliefert ist; wenn Sie diese Situation ausdrücklich und verständlich verurteilen würden, könnten wir Ihre persönliche Hilfe annehmen. Bis dahin ist alles andere überflüssig.

Also, Don José Maria, es gibt Spielregeln, die respektiert werden müssen, Aufrichtigkeit, die man beachten muß, minimale Bedingungen, die respektiert werden müssen, damit die Beziehungen zwischen Ihnen und uns überhaupt einen Sinn haben.

Nur wenn Sie sich wirklich mit dem Blut unseres verletzten Volkes „beflecken“, nur wenn sie aufhören, „neutral“ zu sein, und sich auf die Seite der Armen und Unterdrückten unseres Volkes stellen, nur wenn Sie daraufhin die Unterdrückung, Verfolgung, Folter, Gefängnis oder Exil am eigenen Leibe erfahren, nur dann könnten wir Ihre persönliche Hilfe annehmen. In diesem Fall könnten Sie uns vielleicht nicht einmal mehr Ihre materielle Hilfe anbieten, denn Sie würden sich in der gleichen Situation wie wir befinden und wie so viele unseres Volkes, die im Gefängnis oder im Exil sind.

Darum wäre die beste Hilfe, die Sie uns und unserem Volk anbieten könnten, uns zu sagen: Ich kann euch in materiellen Dingen nicht helfen, denn ich bin in der gleichen Situation wie ihr, ohne Haus, ohne Geld, ohne Familie und ohne Freiheit. Alles liegt jetzt in Ihren Händen.

Am 1. November 1969

10. Zirarda verläßt den Weg der Neutralität

Am 30. Mai 1970 überreichten achtundsechzig Priester aus Biskaia dem Bischof Zirarda die bis dahin zweifellos schärfste und entschlossenste Anklageschrift gegen „die andauernde Flucht der offiziellen Kirche vor ihrem Engagement für die Unterdrückten“. An demselben Tage teilten sechs Priester dem Bischof mit, daß sie ihre Ämter in den Pfarreien niederlegen würden, um weiter „in inoffiziellen christlichen Kommunitäten“ tätig zu sein; weitere fünfundzwanzig Priester teilten ihren Entschluß mit, sich der Bildung und Betreuung gleicher Kommunitäten zu widmen, ohne ihre Arbeit in der offiziellen Kirche aufzugeben. Sie betonten aber gleichzeitig in ihrer Schrift den festen Willen, „der aufgenommenen Richtung den Vorzug zu geben vor allen Bindungen oder Verpflichtungen, die für uns durch unsere relative Zugehörigkeit zur offiziellen Kirche anfallen könnten“.

Zwei Tage später, am 1. Juni, wurden neun Priester aus Biskaia verhaftet und in Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie sich in ihren Predigten am 31. Mai solidarisch erklärt haben mit fünf anderen Priestern, die als Protest gegen Folterungen den Hungerstreik angetreten hatten. Bischof Zirarda fuhr nach Madrid zu Verhandlungen mit dem Justizminister Oriol, vor allem aber zu Gesprächen mit kirchlichen Behörden und mit auf Konkordatsfragen spezialisierten Juristen, besonders mit dem Nuntius, durch den er auch Verbindung zu Rom aufnehmen konnte. Zurückgekehrt nach Bilbao, traf Zirarda mit seinem Diözesanrat zusammen. Am 4. Juni, erst nach der Zusammenkunft des Diözesanrates, erklärte Justizminister Oriol seine Überraschung über die Verhaftung

der neun Priester per Telefonanruf. An diesem Tag hatte die Presse in Paris und London – „Le Monde“ und „The Times“ – bereits über die Verhaftungen berichtet. Trotzdem stimmte die Mehrheit des Diözesanrates dafür, daß eine deutliche Stellungnahme erforderlich sei.

Eine von dem Diözesanrat gewählte Kommission verfaßte zusammen mit dem Bischof den Hirtenbrief, der am 7. Juni in allen Kirchen der Diözese Bilbao verlesen wurde.

Der Hirtenbrief bedauert die „traurige“, „sehr schwierige“ Situation in Biskaia, beschuldigt den Staat des Konkordatsbruches und beklagt die Bedrohung und Verletzung der „Freiheit der Kirche“. Er fügt aber hinzu, daß die Klage um die Verletzung der Freiheit der Kirche nicht „klerikal“ zu verstehen sei, denn „die Freiheit gehört der Kirche nicht anders als den Bürgern“. „Die Bedeutung (der Verhaftungen) läßt sich nur innerhalb des allgemeinen Zusammenhanges verstehen, der solche Ereignisse ermöglicht.“ Zirarda erhob Anklage, daß der Mangel an Freiheit innerhalb der Kirche Teil und Folge des allgemeinen Mangels an Freiheit innerhalb der Gesellschaft überhaupt sei. Er stellte diesmal auch den Katholizismus des spanischen Staates in Frage (wie früher der Bischof von San Sebastian) und klagte einige Gruppen an, „die sich zwar zum katholischen Glauben bekennen und bereit sind der Kirche zu dienen, solange diese ihrer Ansicht ist, sie aber unterdrücken und zum Schweigen zwingen, wenn das nicht der Fall ist“. Zum Schluß lud der Hirtenbrief die Gläubigen zum Gebet „für eine gerechte Regierung“ ein . . .

Bemerkenswert in dem Hirtenbrief ist vor allem, daß Zirarda zum erstenmal während seiner Tätigkeit die Freiheit der Kirche im Zusammenhang mit der Freiheit der Gesellschaft sieht. Dabei hat sich Zirarda einer sehr zurückhaltenden Formulierung bedient, wenn er den Terror in der Biskaia nur als extreme Randerscheinung der Unfreiheit umschreibt. Das hat aber für Regierung und Presse genügt, auf den Bischof loszuschlagen. Eine besondere Bedeutung wird in Biskaia vor allem dem Satz zugemessen, in dem der Bischof „seine Unent-

geschlossenheit in früheren ähnlichen Ereignissen“ bedauert, womit der Leser an die „Ubieta-Affäre“ erinnert wird.

Die Reaktion der spanischen Presse, die aufgrund einer persönlichen Intervention des Vizepräsidenten Admiral Carrero Blanco kein Wort aus dem Hirtenbrief veröffentlichen durfte, ließ nicht auf sich warten. „ABC“ warnte in ihrer Nummer des 7. Juni ihre Leser vor den gefährlichen Worten des Bischofs (die sie nicht kennen durften) und griff den Bischof an, denn dieses Dokument „vergißt oder scheint zu vergessen oder will verachtungsvoll vergessen, welche Wirkung es außerhalb der Diözese (Bilbao) haben könnte“. Auch die in Bilbao erscheinenden Zeitungen veröffentlichten den Hirtenbrief genauso wenig wie die Madrider Zeitungen. Die katholische Wochenzeitung „VIDA NUEVA“ mit dem Text des Hirtenbriefes wurde konfisziert. Vor allem die falangistische und regierungsnaher „Arriba“ beschuldigte den baskischen Klerus – natürlich ohne Beweise anzuführen –, daß er den Terrorismus fördere: „In jede Terroristengruppe gehört eine Soutane“. „Arriba“ ging noch weiter und bestritt den Konkordatsbruch von seiten des Staates, beschuldigte dagegen umgekehrt den Vatikan „listiger Auslegung der legalen Bestimmungen des Konkordats“ und Taschenspielertricks, die Konkordatsbestimmungen umgehen und die Rechte des Staates hintergehen. Die Zeitung wußte auch Beispiele dafür zu nennen. Der Nuntius selbst war genötigt, durch eine Note Irrtümer und Verfälschungen des Blattes zurückzuweisen.

Was hier die Aufregung und die verbitterte Reaktion der Presse hervorgerufen hat, ist sicherlich nicht das unbestreitbare Faktum des Konkordatsbruches, sondern vielmehr die Tatsache, daß Zirarda die Verhaftung der neun Priester zum Anlaß genommen hat, um auf den Mangel an gesetzlichen Garantien und an Freiheit hinzuweisen. Andererseits hat sich diesmal Zirarda nicht mit einem verbalen Protest begnügt: er ließ die Herz-Jesu-Feierlichkeiten am 5. Juni (in Spanien ein Nationalfest) in der ganzen Diözese ausfallen. *La Croix* gegenüber erklärte er am 6. Juni den Grund: „wegen der schmerz-

lichen Umstände, die sich aus der Verhaftung von neun Priestern dieser Diözese ergeben“. Am 19. Juni verbot er ebenfalls das Tedeum, das in Gegenwart aller kirchlichen, zivilen und militärischen Autoritäten im Zentrum von Bilbao alljährlich auf dem Markt gefeiert wird zur Erinnerung an die „Befreiung“ der Stadt durch die Truppen Francos: „Bilbao ist eine Stadt in Trauer und hat keinen Grund zum Feiern“, hieß wiederum die Erklärung Zirardas. Beide Verbote waren einer politischen Absage gleichzustellen. Das letzte Verbot traf wieder in eine verschärfte Atmosphäre: Zahlreiche Frauen, Kinder und Angehörige von Gefangenen waren in zwei Kirchen von Bilbao und San Sebastian am 15. Juni in den Hungerstreik getreten.¹²

Die Entscheidungen des Bischofs Zirarda haben in Biskaja breite Zustimmung gefunden. Wenn vielen baskischen Priestern das noch nicht genug ist, liegt der Grund darin, daß sich diese Stellungnahme auf einen innerkirchlichen Vorfall beschränkt, während zur Mißachtung der bürgerlichen Rechte sich die Hierarchie immer noch nur indirekt geäußert hat. Auch hat die Affäre bald wie eine Diskussion über das Konkordat ausgesehen. Dadurch ist es der Presse und dem Justizministerium (das am 20. Juni die sofortige Freilassung von acht der neun Priester anordnete) gelungen, das grundlegende Thema der politischen und sozialen Menschenrechte, um die es den Basken zunächst geht, auf einen zweiten Platz zurückzudrängen.

In diesem Augenblick ist der weitere Verlauf der Affäre noch nicht abzusehen. Die Intervention des Nuntius und die Entschlossenheit Zirardas scheinen ein Erfolg zu sein. Die Reaktion des Justizministeriums zeigt mit der Freilassung von acht

¹² Die in den Hungerstreik tretenden Christen von San Sebastian, die sich vom 15. bis zum 21. Juni in der Jesuitenkirche eingeschlossen hatten, haben ihre Forderungen in einem Flugblatt bekanntgegeben: 1. Amnestie für alle politischen Gefangenen und Flüchtlinge, 2. ein Sonderstatut des politischen Gefangenen, 3. Abschaffung des Gesetzes gegen Banditentum und Räuberei sowie Auflösung der Militär- und Sondertribunale, 4. Errichtung von Kontrollorganen über die Gefängnisse, um Mißhandlungen der politischen Gefangenen von seiten der Polizisten und Gefängniswärter zu vermeiden, 5. Abschaffung der Todesstrafe.

Priestern, daß es zu Konfrontationen mit der Kirche nur so weit bereit ist, wie diese nachgibt. Es scheint wahrscheinlich zu sein, daß die Kirche in der Biskaia vorläufig eine gewisse Freiheit genießen darf. Für diese Annahme spricht auch die Tatsache, daß am 14. Juni in allen Kirchen der Industriestadt Sestao die Priester ungestört eine Resolution vorlesen konnten, in der das öffentliche Verschweigen des Hirtenbrieftextes und die Reaktionen der Presse scharf kritisiert wurden. Bischof Zirarda hat überdies dem Vatikan einen großen Dienst erwiesen, denn dessen Position wird in den Besprechungen über eine Änderung des Konkordats durch diese Affäre erheblich verstärkt werden. Die gesamte Lage im Baskenland spricht dafür, daß die baskische Hierarchie bald die Ebene der Diskussion über das Konkordat verlassen muß, um dem Kern der Probleme, um die es im Baskenland geht, gerecht zu werden. Die Hoffnung, daß Zirarda bereit ist, sich Schritt für Schritt dahin bringen zu lassen, scheint berechtigt. Daß der Klerus und die Gläubigen darauf drängen werden, ist inzwischen nicht zu bezweifeln. Daß der Staat sich bemühen wird, dies notfalls durch Konzessionen zu verhindern, ist wahrscheinlich.

IV. Polizeimethoden

Die folgenden Texte sind der Untergrundzeitung „Zutik“ entnommen.

Alles was hier beschrieben wird, ist Wahrheit; alle Methoden und ihre Einzelheiten sind von Männern und Frauen erzählt, die gefoltert worden sind. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß die Aufzählung nicht vollständig ist. Für den, der die Wahrheit nachprüfen möchte, sind bei den Organisationen des baskischen Widerstandes genaue Informationen mit Namen, Daten, Orten, weiteren Kontrolldaten und den unterschriebenen Originalmanuskripten der Opfer zugänglich . . .

Die Zeit, die die Gefangenen den Torturen ausgesetzt sind, ist unterschiedlich, obwohl die spanischen Gesetze als Maximum zweiundsiebzig Stunden festsetzen. Die unbegrenzte Zeit zeigt die Willkür der zivilen Gouverneure . . .

1. Methode:

„Der Schemel“, Foltermethode, angewandt von der 551. Kommandantur der Guardia Civil in San Sebastian.

Der Gefangene ist mit den Händen nach hinten geknebelt und muß sich entweder mit der Taille oder mit dem Rückgrat über einen Schemel legen, so daß er nach oben schaut; in dieser schmerzhaften Position (Lage) wird er lange Zeit, manchmal stundenlang gehalten . . .

Diese Methode wird angewandt, um den Gefangenen zu ermüden und zu erschöpfen, damit er „vorbereitet“ ist, wie sie es nennen. Der Schmerz ist furchtbar reißend im ganzen Körper und besonders in der Wirbelsäule, die manchmal verletzt bleibt . . .

2. Methode:

„Die Gymnastik“, Foltermethode, angewandt von den Kommissariaten der Politisch-Sozialen Brigade in Bilbao und San Sebastian und von den Kommandanturen der Guardia Civil. Diese Art der Gymnastik, eine Liegestütze, die „mili“ genannt wird, besteht darin, unter Stößen, Fußtritten und anhaltenden Schlägen, die Hände auf dem Boden, die Arme einzuknicken und geradezustellen, ohne sich in der Taille zu biegen . . .

Manchmal ist unter dem Gefangenen ein Foto von Franco befestigt, das er ein um das andere Mal küssen muß. Diese Methode wird zur physisch-moralischen Erschöpfung angewandt, um den Gefangenen auf die unendlichen Verhöre vorzubereiten.

3. Methode:

„Fingernagelschlag“, Foltermethode, angewandt von der 551. Kommandantur der Guardia Civil in San Sebastian.

Der Häftling wird kontinuierlichen Schlägen auf die Fingernägel und manchmal auf die Zehennägel ausgesetzt.

Ein Polizist nimmt die in Handschellen befindlichen Hände des Gefangenen und legt sie auf die Tischkante; ein anderer schlägt fortschreitend mit leichten Schlägen auf die Fingernägel und auf die Finger mit einem Holz- oder Gummiknüppel . . .

Einige verlieren ihre Fingernägel nach dieser Folter . . .

6. Methode:

„Der Bohrer“, Foltermethode, angewandt von der 551. Kommandantur der Guardia Civil in San Sebastian.

Diese Methode besteht darin, die Daumen ganz fest in das Innere der Ohren zu drücken, zwischen dem Nacken und dem Kinn . . .

Der Schmerz, den das hervorruft, ist durchdringend, so daß der Gefangene das Bewußtsein verlieren kann, wenn der Druck anhält. Nach dieser Folter bleibt der Schmerz für viele Tage.

7. Methode:

„Der Bleistift und die Öffnung der Finger“, Foltermethode, angewandt von der 551. Kommandantur der Guardia Civil in San Sebastian.

a) „Der Bleistift“ besteht darin, daß man einen Bleistift quer zwischen die Finger einer Hand legt (die vorher festgebunden wird) und ihn kontinuierlich dreht; nach kurzer Zeit wird das Fleisch empfindlich und der Bleistift heftet sich an der Haut fest, was einen sehr starken Schmerz hervorruft.

b) „Die Öffnung der Finger“ besteht darin, die Finger einer Hand zu öffnen mit einem Stock von ungefähr 30 Millimeter Durchmesser. Die Knochen der Hand weiten sich bis zur Verstauchung und die Sehnenzerrung ist von langer Dauer . . .

8. Methode:

„Die Badewanne“, Foltermethode, angewandt von der 551. Kommandantur der Guardia Civil in San Sebastian.

Diese Methode besteht darin, den Gefangenen zu knebeln und seinen Kopf unter Wasser zu tauchen, um eine zeitweise Atemnot hervorzurufen . . .

Das Ergebnis ist für viele furchtbar und sehr gefährlich, vor allem wenn sie keine starke Gesundheit haben; die Empfindung, die sie haben, ist Angst und Ersticken durch den Mangel an Luft und weil sich die Lungen und Atemwege mit Wasser füllen; es folgen Anfälle von Schwindel und Husten; die Lungen scheinen zuerst zu verbrennen und dann zu platzen . . .

V. Bericht über die Folterungen von YON ETXABE GARITAZELAIA. Pfarrer von Eibar, Guipuzcoa

Von vielen ^{erhaltenen} vorliegenden Folterungsberichten sei einer ausgewählt:

Ich wurde in der Frühe des 11. April 1969 in Mongroviejo, Santander, verhaftet. Am Abend desselben Tages kam ich auf das Kommissariat der Brigada Social (Geheimpolizei) von Bilbao an der Gordonizstraße. Vor dem Eingang zum Kommissariat hatte sich eine Anzahl von Polizisten in zwei Reihen aufgestellt, und wir gingen zwischen ihnen hindurch. Einer der Polizisten fragte mich, ob ich Priester sei. Als ich bejahte, schlug er mich heftig mit der flachen Hand ins

^{mea}
Genick. Wir wurden in eine Art Büro hinaufgebracht. Dort begannen sie sogleich, mir mit voller Kraft Faustschläge in den Magen zu versetzen und mich brutal zu ohrfeigen, das alles begleitet von groben Beleidigungen, vor allem in bezug auf Frauen. Man riß mich an den Haaren in die Höhe, um mich auf die Zehenspitzen zu zwingen. Ein andermal warf man mich mit dem gleichen Verfahren zu Boden.

Ein Junge und ein Mädchen, die zugleich mit mir verhaftet worden waren, hatten die gleichen Mißhandlungen durchzustehen. Zwar schlugen sie das Mädchen etwas weniger grausam, dafür aber waren die Beleidigungen um so schlimmer. Als sie endlich müde waren, ließen sie mich in das Gefängnis bringen. Mir folgte eine Gruppe junger Polizisten, die mich ständig beschimpften. Im Innenhof des Gefängnisses wurden wir in einer Reihe aufgestellt. Die Polizisten, die am Gitter lehnten, schrien wie wilde Tiere. Sie beleidigten uns wie die Wahnsinnigen, bis schließlich ein Polizist, der nach freien Zellen Ausschau gehalten hatte, Befehl gab, uns in Ruhe zu lassen. Die ganze Zeit waren wir mit Handschellen gefesselt . . .

Wenig später schleppte mich eine Gruppe junger Polizisten in eine andere Zelle. Dort begannen sie wieder, mich mit Fäusten zu schlagen. Sie gaben mir zahllose Faustschläge auf die Brust und in die Rippen. Ein Folterer schlug mich mit voller Kraft, ich weiß nicht mehr wie oft, mit einem Gummiknüppel auf den Rücken und das Gesäß. Als ich mich vor Schmerz nach vorn krümmte, gaben sie mir schreckliche Fußtritte in die Brust und gegen die Rippen. Mehrmals habe ich zu fliehen versucht . . . Einmal sagten sie mir, sie wollten jetzt die Runde mit mir machen: Sie stellten sich im Kreis auf und schickten mich mit Faustschlägen von einem zum anderen . . . Einige Male lehnten sie mich gegen die Wand, einen Stock in den Hals gestemmt, damit ich mich nicht nach vorn beugen konnte. Das wäre mein einziger Schutz gewesen, denn mir waren die Hände auf den Rücken gefesselt. Meine Handgelenke waren furchtbar aufgerissen, und einmal schlugen sie sogar mit dem Stock auf die Handschellen.

Nach dieser Szene fesselten sie mir die Hände unter die Kniekehlen und ließen mich so hockend laufen, bis ich nicht mehr konnte und umfiel. Ich konnte mich einfach nicht schützen, nicht einmal mehr bewegen, so hatten sie mich gefesselt, und sie hieben mir mit einem Stock auf das Gesäß. Ein andermal zog man mir die Schuhe aus und schlug mich auf die Zehen. Als sie mich genug geschlagen hatten und ich lang auf dem Boden lag, stellten sie mich auf die Füße und zwangen mich wieder, hockend zu laufen. Das wiederholte sich mehrere Male. Schließlich fesselten sie mir die Hände auf dem Rücken zusammen und ließen mich bis zur Erschöpfung „Bein-

gymnastik“ betreiben. Als ich nicht mehr konnte, gönnten sie mir eine kurze Pause. Dann mußte ich weiter „Gymnastik“ machen, und manchmal haben sie mich gezwungen mitzuzählen. Danach Methode „Operationstisch“. Und alle diese Mißhandlungen, die sehr lange andauerten, wurden mit groben Schmähungen begleitet. Ein Polizist schlug mich in die Brust und sagte, er würde mich so lange weiter schlagen, bis ich reif wäre für Santa Marina (das ist ein Tuberkulosekrankenhaus in Bilbao). Ich wurde so sehr verprügelt, daß ich die Kontrolle über mich verlor und in die Hose urinierte . . .

Wieder im Gefängnis, wurde ich bald darauf zu einer neuen Tortur herausgeholt; diesmal dauerte es viel länger. Man verliert das Gefühl für die Zeit, aber es waren sicher viele Stunden. Schließlich beunruhigten sie sich über meine aufgeschwollenen Handgelenke, und sie nahmen mit vielen Schwierigkeiten die Handschellen ab.

In der Zelle war das Leiden genauso schrecklich. Ich hatte keine Decke, mein ganzer Körper war zerschlagen. Wie ich mich auch legte, ich litt unsägliche Schmerzen. Mich auf den Beton auszustrecken, war eine langwierige und äußerst schmerzhaft Anstrengung; das Aufstehen war noch schlimmer.

Am folgenden Tag holte man mich zum Verhör herauf. Das Verhör dauerte den ganzen Tag: ununterbrochen Faustschläge, Hiebe mit dem Gummiknüppel und Fußtritte. Einmal schlug man mich mit den Handschellen in die Seite, man spielte „Operationstisch“. Als ich schrie, stopften sie mir Papier in den Mund. In der Nacht holten sie mich wieder zum Verhör. Diesmal wurde ich nicht geschlagen. Vom nächsten Tag an wurde ich kaum mehr geschlagen, nur noch einige Ohrfeigen und Drohungen, man werde wieder von vorn beginnen.

Erst am vierten Tag bekam ich eine Decke in die Zelle. Essen konnte ich kaum, denn mein Magen konnte nichts annehmen. Sechs Tage lang durfte ich so Gast des Kommissariats sein. Am Ende wünschten sie, daß wir „Freunde blieben“ . . ., und ich wurde ganz normal behandelt: Man gab mir Wasser, einmal sogar Bier und Zigaretten. Sie wollten, daß ich die Schläge vergäße und kein schlechtes Andenken an sie behielte . . .

Im Gefängnis wurde ich zwanzig Tage in Einzelhaft gehalten, völlig isoliert.

Man folterte mich auch moralisch: Obgleich ich schon ganz erniedrigt war, sagte man mir u. a., ich sei ein Mörder; mein Bischof habe mich aufgegeben; ich sei kein Priester mehr; meine Eltern hätten sich von mir distanziert; man werde mich zum Tode verurteilen; niemand habe ein Interesse daran, mich zu verteidigen; ich würde mit gemeinen Verbrechern, mit Homosexuellen zusammengesperrt. Die ganze Zeit über redeten sie von meinen „sexuellen Beziehungen“.

Mein ganzer Körper war zerschlagen, aber ich fand nicht den Mut, um einen Arzt zu bitten. Heute, nach fast drei Monaten, sieht man noch immer die Spuren der Handschellen. Als ich zum erstenmal aus der Zelle geführt wurde, habe ich noch nach der Genehmigung des Bischofs gefragt, die für das Verhör eines Priesters erforderlich ist (laut Konkordat). Die Antwort bestand in einem Hagel von Schlägen, womit die Quälereien eröffnet wurden.

VI. Liste der verfolgten Priester¹³

Priester, die sich zur Zeit befinden:

a) *im Gefängnis von Zamora:*

1. Xabier Amuriza, Pfarrer von Gizaburuaga (Biskaia): 12 Jahre.
2. Yulen Madariaga, Vikar von Yurreta-Durango (Biskaia): 10 Jahre.
3. Josu Naberan, Vikar von Larrabezua (Biskaia): 12 Jahre.
4. Alberto Gabikagogeaskoa, Pfarrer von Axuria (Biskaia): 12 Jahre.
5. Nikola Telleria, Pfarrer von Sopelana (Biskaia): 10 Jahre.
6. Martin Orbe, Direktor der Berufsschule in Zeanuri (Biskaia): 10 Jahre.
7. Joxe Mari Madariaga, Vikar von Bakio (Biskaia): 6 Jahre.
8. Yon Etxabe, Pfarrer von Eibar (Guipuzcoa): man hat für ihn das Todesurteil beantragt. Das Urteil ist noch nicht gesprochen.
9. Felipe Izagirre, Franziskanerpater, Arbeiterpriester in Eibar (Guipuzcoa): insgesamt 15 Jahre.
10. Paskual Intxausti, Passionistenpater, Theologieprofessor in der Fakultät von Deusto (Biskaia): 8 Jahre.
11. Luis Mari Bereziartua, Vikar von Berriz (Biskaia): 8 Jahre.

(Einige von diesen Priestern wurden gefoltert, vor allem Yon Etxabe, Martin Orbe und Felipe Izagirre).

b) *im Gefängnis von Basauri:*

12. Patxi Bilbao, Vikar von Meñaka (Biskaia): 3 Jahre.

¹³ Die einzige Möglichkeit, Folterungsberichte und andere Terrormaßnahmen dokumentarisch zu belegen, ist der Verweis auf Zeugen und deren Angehörige.

c) *in Villa García (Valladolid), nachdem sie vorher in Zamora gewesen waren:*

13. Yoseba Atxa, Vikar von Bilbao: 8 Jahre.
14. Kepa Ojanguren, Pfarrer von Orozko (Biskaia): 4 Jahre.
15. Joxe Mari Ortuzar, Vikar von Orozko (Biskaia): 2 Jahre.
16. Fray Pablo Munoz, Kapuzinerpater von Fuenterrabia (Guipuzcoa): 8 Jahre (in letzter Zeit in ein Kloster seines Ordens versetzt).

Priester, die ihre Gefängnisstrafe bereits beendet haben (1969/70)

17. Luka Dorronsoro, Pfarrer von Gaztelu (Guipuzcoa): 2 Jahre.
18. Mikel Zugazabeitia, Vikar von Legorreta (Guipuzcoa): 2 Jahre.
19. Yon Zulaika, Franziskanerpater, Arbeiterpriester in Eibar (Guipuzcoa): 6 Monate.
20. Kepa Solabarria, Arbeiterpriester in Barakaldo (Biskaia): 1 Monat.
21. Karmelo Zamalloa, Kapellan in Galdakano (Biskaia): 2 Monate.
22. Imanol Oruemazaga, Vikar der Kirche von Kaminazpi bei Ondarroa (Biskaia) und Arbeiterpriester: 6 Monate.
23. Txomin Artetxe, Pfarrer von Bolibar (Biskaia): unbekannte Zeit.
24. Joxe Mari Peina, Sakramentinerpater, Dozent in Tolosa (Guipuzcoa): 1 Monat.
25. Zipriano Muinagorri, geistlicher Berater der Kath. Landjugend (JARC): 1 Monat.

Priester, die in Untersuchungshaft in Zamora waren:

26. Bernabe Auzmendi, SJ.
27. Patxi Auzmendi, SJ.
28. Imanol Gisasola, SJ.
29. Kepa Arrate, SJ (er wurde gefoltert).

Priester, die bereits verurteilt, aber noch nicht inhaftiert sind:

- Imanol Oruemazaga, (oben 22): 6 Monate.
30. Pedro Berrioategortua, Vikar von Amorebieta (Biskaia): 2 Jahre und 8 Monate.
Kepa Solabarria, (oben 20): 1 Jahr.
Yon Zulaika, (oben 19): 3 Jahre.

(Einige von ihnen haben bereits Gefängnisstrafen hinter sich).

Priester, die ins Exil gingen, weil Haftbefehl durch das Militärtribunal gegen sie vorlag:

31. Julio Araluze, SJ, von der Jesuitenresidenz von Bilbao.
32. Joan Mari Arregi, Vikar von Ortuella (Biskaia).

33. Luzio Aurrekoetxea, Pfarrer von Larrondo (Biskaia).
34. Tomas Gaztelurrutia, Vikar von Algorta (Biskaia).
35. Amadeo Rementeria, Vikar von Algorta (Biskaia).
36. Paulo Iztueta, Sakramentinerpater, Philosophiedozent im Seminar von Villaro (Biskaia).
37. Koldo Laibarra, Pfarrer von Orozko (Biskaia).
38. Josu Barandika, Pfarrer von Orozko (Biskaia).
39. Fermin Gongeta, Parrer von Salcedillo (Biskaia).
40. Tomas Saizar, Sakramentinerpater, Dozent in Tolosa (Guipuzcoa).

(Als der Ausnahmezustand über das Baskenland zum viertenmal verhängt wurde, gingen verschiedene Priester auch ohne Haftbefehl ins Exil, und andere, nachdem sie unter begrenztem Arrest gestanden hatten. Diese seien hier namentlich nicht erwähnt, da sie das Land nicht aufgrund direkter Bedrohung verließen.)

Verfolgte Priester des Jahres 1970, über die wir nichts Näheres erfahren konnten:

27. April: Yon Martin Arrizibita, Pfarrer von Gorriti, festgenommen in Guernica (span. Tagespresse).
6. Mai: Pater Alejandro Maria Aguirrezabal SJ steht vor dem „Tribunal de Orden Publico“ in Madrid (span. Tagespresse).
8. Mai: Suchbefehl gegen Joseba Andoni Etxezarreta, Vikar in Pasajes (Guipuzcoa) (span. Tagespresse).
26. Mai: Von der Polizei mit Haftbefehl des Militärtribunals gesucht, verschwinden die Jesuitenpatres Llaguno und Sanchez, Biskaia (La Croix, 26. Mai).
1. Juni: 9 Priester in Bilbao verhaftet und von einem Militärtribunal in Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen zwischen 1 und 4 Monaten bestraft. Ihre Namen:
 Martin Ormaetxea
 Ernesto Arauko
 Pater Gurrutzaga
 Anastasio Olabarria
 Franzisko Regidor
 Pater Sagastagoitia
 Joseba Andoni Kalzada
 Joseba Andoni Zabala
 Zipriano Zamalloa (69 Jahre alt).